Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 211. Dienstag, den 9. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Steuerfrage.

Bereits auf dem Leipziger Parteitag hat die Frage eine Rolle gespielt, ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für direkte Reichssteuern stimmen darf, oder wie es damals formuliert war: ob sie für die verschlechterte Bülowsche Erbschaftssteuer hätte stimmen dürfen, wenn diese in dritter Lesung überhaupt noch zur Abstimmung gekommen wäre.

Der tatsächliche Gang der Dinge hatte es damals gefügt, daß die Erörterungen auf dem Parteitag von 1909 rein akademische blieben. Der schwarzblaue Block hatte bereits in der zweiten Lesung auch die verwässerte Erbschaftssteuer abgelehnt und so der sozialdemokratischen Fraktion die Mühe der Entscheidung über ihr Verhalten für die dritte Lesung abgenommen. Trotzdem gab es eine Reihe von Parteigenossen, insbesondere aus der Fraktion selbst, die eine endgültige Entscheidung darüber herbeizuführen für nötig hielten, ob die Reichstagsfraktion für direkte Steuern, insbesondere für eine der Art, wie die verschlechterte Bülowsche Erbschaftssteuer, überhaupt stimmen dürfe. Unser alter Bebel entschied damals mit einem Satze den Streit, als er gegen Singer und die übrigen Kritiker erklärte:

> Ich würde es für unrichtig und für bedenklich gehalten haben, wenn Ihr gegen diese Vorlage in dritter Lesung gestimmt haben würdet.

Aehnlich wie 1909 liegen die Dinge in diesem Jahre. Bei den neuesten Steuergesetzen, die das „Opferjahr" brachte, hat die sozialdemokratische Fraktion dem sogenannten Wehrbeitrag von einer Milliarde und — da durch den Umfall der Liberalen eine reine Vermögens- und Erbschaftssteuer nicht zu erreichen war — auch der Vermögenszuwachssteuer als einer direkten, den Besitz treffenden Steuer ihre Zustimmung gegeben, um schlechtere Steuern zu verhüten. Dagegen hat sie gegen die Verewigung der Zuckersteuer und gegen eine Reihe von anderen Steuern gestimmt, die den Charakter von indirekten oder Verkehrssteuern tragen.

Auch diese Abstimmung unterliegt, wie unseren Lesern bekannt, seit Wochen der Kritik der Partei, und besonders die Abgeordneten, die bei der Beschlußfassung in der Fraktion in der Minderheit blieben, haben diese Kritik hervorgerufen. Als wichtigster Einwand wird der Verwendungszweck angeführt und etwa gesagt: Die Steuern waren ausdrücklich zur Deckung der Militärvorlagen gefordert, also zur Förderung des Militarismus und mußten schon aus diesem Grunde abgelehnt werden.

Dieser Gesichtspunkt wird zweifellos auf dem Jenaer Parteitag ebenso eine Rolle spielen, wie er bereits 1909 in Leipzig das wichtigste Argument bildete. Es soll diesmal bekanntlich über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Steuerfragen gesondert verhandelt und möglichst eine grundsätzliche Klärung erzielt werden. Zwei Referenten werden ihre theoretische und praktische Auffassung den Delegierten unterbreiten und die Diskussion soll das Nähere ergeben. Der Referent für den theoretischen Teil, Genosse Wurm, hat seine Leitsätze und einen Resolutionsentwurf bereits veröffentlicht — unsere Leser haben beides gelernt. Sie werden auch gefunden haben, welch ein weitschichtiges und kompliziertes Material die Steuerfrage umschließt und wie schwer es selbst Theoretikern in Steuersachen fällt, den Charakter einer Steuer als direkter oder indirekter festzustellen. Genosse Wurm gilt in der Partei als einer der besten Kenner unseres Steuersystems, er ist auch Kommunalpolitiker, und weiß, wie gerade in Deutschland mit seiner Kleinstaaterei die verschiedenen Steuersysteme ineinandergreifen. In seiner „Finanzgeschichte des Deutschen Reiches" hat er ein übersichtliches Nachschlagewerk für jeden Parteigenossen geschaffen, der sich für diese Fragen interessiert.

Seine Thesen und seine Resolution haben jedoch in der Parteipresse bisher mehrfach Anfechtungen erfahren. In der „Bremer Bürgerzeitung", der „Leipziger Volkszeitung" und anderen Blättern — auch vom Genossen Hoch im „Vorwärts" — wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Entwürfe Wurms der umfassenden grundsätzlichen Präzision entbehrten. In der „Dresdener Volkszeitung" meint ein Mitarbeiter, daß Wurm bei seiner Einteilung der einzelnen Steuerarten in direkte oder indirekte zwar Grundrente, Zins und Profit als Mehrwert betrachte, aber die sehr wichtige sogenannte Kartellrente fast ganz außer Betracht lasse. Im „Hamburger Echo" wird in zwei längeren Artikeln nachgewiesen, daß die letzte Haltung der Fraktion der mehrfach von Parteitagen gebilligten Tradition der Partei entspreche. Gegenüber dem Resolutionsentwurf macht das Hamburger Parteiblatt darauf aufmerksam, daß Wurm ganz unvermittelt auch die bundesstaatliche Steuerfrage aufwirft und fordert: „Der Bedarf der Bundesstaaten ist durch Zuschläge zu den direkten Reichssteuern zu decken." Diese Forderung sei — meint das „Hamburger Echo" — eine ganz neue und bedürfe einer besonderen eingehenden Erörterung, um so mehr, als der Verwendungszweck in den Einzelstaaten erst recht in Betracht gezogen werden müsse.

Zu den Leitsätzen, die Wurm seinem Referat zugrunde legt, läßt sich selbstverständlich noch manche Einwendung machen, und mancher Satz könnte anders und schärfer geformt werden. Das wichtigste aber ist die Resolution, die der Parteitag beschließen und damit gewisse Richtlinien für die Zukunft festlegen soll. Der Entwurf Wurms scheint nun auch uns nicht der glücklichste zu sein. Er zeigt keinen neuen Weg, sondern bestätigt das Bestehende, indem er festzulegen sucht, wann und wann nicht die parlamentarischen Vertretungen der Partei direkten Steuern zustimmen dürfen. Dieser Versuch der zukünftigen Bindung ist aber von vornherein abzulehnen. Denn jedesmal, wenn neue Steuervorlagen kommen, wird unsere Fraktion drei Dinge zu prüfen haben:

1. Inhalt und Form der Vorlage an sich;
2. den Verwendungszweck;
3. die gesamte politische und parlamentarische Situation, unter der die Vorlage bewilligt werden soll.

Sieht man genau zu, so wird man finden, daß keins dieser drei Dinge im voraus fest zu bestimmen ist. Jeder Versuch nach dieser Richtung muß von vornherein mißlingen.

Festgehalten und immer aufs neue betont muß allerdings werden, daß die Sozialdemokratie gegen jede indirekte Steuer, gegen Zölle und jede wirtschaftspolitische Maßnahme ist, die die breiten Massen zugunsten der besitzenden Klassen belastet. Dagegen kann man nicht im einzelnen aufzählen, für oder gegen welche direkte Steuer die Partei in Zukunft zu stimmen beabsichtigt. In unserm Programm werden Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern gefordert. Aber, sagen die Kritiker der Reichstagsfraktion, nur als Ersatz für indirekte Steuern! Dieser Einwand stimmt nicht ganz. Denn schließlich ist jede direkte Steuer auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften dazu geeignet, neue indirekte Steuern zu verhindern, also sie zu ersetzen.

Dann sagt man: Wenn der Verwendungszweck der Steuern arbeiterfeindlich ist, kann man ihnen nicht zustimmen, auch wenn sie an sich gut wären. Mit dem Begriff des „Verwendungszwecks" wird nun aber in den Debatten einiger Unfug getrieben. Denn schließlich dienen neun Zehntel der Reichs- und Bundesstaatseinnahmen mehr oder weniger arbeiterfeindlichen Zwecken. Der Reichsschatzmeister verwaltet doch nicht etwa die Steuern einzeln in dem Sinne: Die Vermögenssteuer dient zur Bezahlung von Militärausgaben, der Getreidezoll zur Bezahlung der Hinterbliebenenrente usw. Sondern die Verwaltung sagt: Die Gesamtausgaben betragen soundso viel, und diese Gesamtausgaben müssen durch Gesamteinnahmen gedeckt werden. Alle Steuern und Zölle fließen in einen Topf! Und da gilt es für die Sozialdemokratie, dafür zu sorgen, daß die ohnehin beschlossenen Steuern nicht in erster Linie die besitzlosen Klassen belasten. Inwieweit das möglich ist durch Ablehnung der einzelnen, durch Zustimmung zu andern, direkten Steuern, muß die Prüfung der Situation in jedem einzelnen Fall ergeben.

Die Resolution Wurm erscheint deshalb der Abänderung bedürftig. Sie müßte von vornherein betonen, daß die einzige „Finanzreform", die Sozialdemokratie anerkennt, die Aufhebung der Rüstungs- und anderer kulturwidriger Ausgaben ist. Indem sie weiter unsre programmatischen Forderungen nach Abschaffung indirekter Steuern und Zölle betont, müßte sie in aller Kürze zum Ausdruck bringen, daß die Besteuerung des Mehrwerts innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die einzige gerechte Steuerart darstellt und die sozialdemokratischen Fraktionen beauftragen, in dieser Richtung tätig zu sein.

Damit wäre der Weg gewiesen, die einzelnen Etappen jedoch der gewissenhaften Prüfung durch die Fraktionen und sonstigen Parteikörper für die Zukunft überlassen. Nichts ist verfehlter, als in einer großen Steuerresolution festlegen zu wollen: „Das dürft ihr, das aber dürft ihr nicht, es sei denn (und nun folgen die Ausnahmefälle)." Eine solche Fassung birgt ewige Streitigkeiten in sich. Sie zu vermeiden ist die Aufgabe aller, denen der Fortschritt und das Wohl der Partei am Herzen liegt.

Politische Rundschau

Deutschland.

Gegen den Genuß- und Vergnügungstaumel des Hurrapatriotismus

wendet sich das in Barmen erscheinende christlich-soziale Blatt „Die Arbeit" (vom 6. September). Es stellt eine Betrachtung an über die endlose Kette der patriotischen Feiern. Der deutsche Kaiser komme gar nicht zur Ruhe. Er müsse von einem Feste zum anderen reisen. Namentlich im vergangenen Monat sei es toll gewesen. Umsomehr hätte man Ursache, jetzt mal eine Pause zu machen damit sich der Kaiser zu dem großen nationalen Feste, welches die Einweihung des Völkerschlacht-Denkmals in Leipzig darstelle, erholen könne:

„Wir würden es begrüßen, wenn auch heute der September etwas „erinnerungsstiller" sich gestalten würde. Denn — offen gestanden — bei aller patriotischen Begeisterung, von der wir uns erfüllt und getragen wissen — es war in den letzten Wochen des Festfeierns so über die Maßen viel, daß wir die ernste Besorgnis hegen müssen: unser Volk erleidet unter solch unaufhörlichem Festestaumel einen schwer heilbaren Schaden an seinem innersten Wesen, an seiner Seele. Das Beispiel der zahllosen „Kaisertage" dieses Jahres, deren einer die anderen immer wieder an Glanz und Pracht zu übertrumpfen sucht, wirkt sich bei uns schließlich in der Richtung eines Genuß- und Vergnügungstaumels aus, der jetzt schon unser Volk von oben bis unten in gefahrdrohendstem Grade erfaßt, durchdrungen hat. Es gibt überhaupt keine ruhigen Sonntage mehr — es gibt für Millionen unseres Volkes keine Selbstbestimmung mehr! Und was nützen die besten, treuest gemeinten Mahnungen unseres Kaisers zu guter, altpreußischer Einfachheit der Lebenshaltung, wenn die Zeitungen in langen Berichten die einander jagen, immer wieder von neuer, unerhörter Prachtentfaltung bei dieser und jener Weihefeier und dergl. zu melden wissen? Daß man auf den Leichenstein von unseres Volkes Seele nicht einst schreiben müsse: „Gestorben am Festfieber!"

Wenn ein Blatt der extremsten nationalen Hurraschreier so wie vorstehend schreibt, dann muß der Taumel schon sehr weit gediehen sein.

Ostelbien — der Viehseuchenherd.

Die Agrarier behaupten, durch das ausländische Vieh würden die Seuchen hereingeschleppt und die Grenzen müßten geschlossen bleiben, um das inländische Vieh vor den Seuchen zu schützen. Nach Ost- und Westpreußen kommt schon seit vielen Jahren nicht ein Stück lebendes Vieh aus dem Ausland; insbesondere ist die russische Grenze gegen die Einfuhr lebenden Viehes fest verschlossen. Trotzdem sind gerade Ost- und Westpreußen der Herd großer Viehseuchen; jetzt herrscht die Schweinepest sehr stark, was den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen, Landrat a. D. Batocki-Bledau auf dem ostpreußischen Raiffeisentag zu dem Geständnis trieb, daß durch die in den letzten Monaten in erschreckender Zahl und Schwere aufgetretenen Fälle von Schweinepest die schon durch die Entwicklung der letzten Jahre schwer gefährdete Schweinezucht der Provinz neuen großen Gefahren ausgesetzt sei. Die Raiffeisenvereine sollten helfen, daß diese Gefahr von allen Landsleuten in ihrer Schwere erkannt werde, daß die gebotenen und von den Behörden geforderten Vorsichtsmaßregeln auf das gewissenhafteste durchgeführt würden, und daß alles geschehe, um dieser neuen schweren Seuchengefahr Herr zu bleiben.

Mit der „gewissenhaftesten Befolgung" der Vorsichtsmaßregeln hapert es in Ostpreußen ganz gewaltig deshalb gelingt es auch nicht, die Seuchen auszurotten.

Gefangene als landwirtschaftliche Arbeiter.

Der Vorstand der Landwirtschafts-Kammer für die Provinz Ostpreußen hat den Antrag gestellt, den Landwirten Gefangene in kleinen Trupps zur Verfügung zu stellen gegen die Garantie des sicheren Unterbringens und gegen das Versprechen, die Gefangenen soweit als möglich, auch im Winter zu beschäftigen. Der Oberpräsident der Provinz hat darauf mitgeteilt, daß die Staatsanwälte diesen Wünschen, soweit der verfügbare Bestand an Gefangenen es gestatte, bereits in weitem Umfange entgegengekommen seien.

Gegen die Verwendung von Gefangenen zu landwirtschaftlichen Arbeiten wird durchaus nichts einzuwenden sein, jedenfalls wird ihre Gesundheit mehr geschützt, als wenn sie in staubigen Websälen beschäftigt werden. Diese Beschäftigung von Gefangenen darf aber nicht zu

einer Konkurrenz gegen die Arbeitskraft der freien Arbeiter sich gestalten und deshalb muß verlangt werden, daß die Verwendung von Gefangenen zu landwirtschaftlichen Arbeiten nur unter der Voraussetzung gestattet wird, daß Löhne bezahlt werden, die nicht unter denen der freien Arbeiter stehen. Den Agrariern scheint es aber gerade darauf anzukommen, erstens willige Arbeitskräfte zu haben, die keinen Widerspruch wagen dürfen, zweitens aber diesen Arbeitskräften so gut wie gar keinen Lohn bezahlen zu müssen. Gegen diese Art von Verwendung der Gefangenen müßte allerdings in schärfster Weise Einspruch erhoben werden.

Ein würdiger Hospitant der nationalliberalen Fraktion des Reichstages.

Der Reichstagsabgeordnete Hestermann vom Deutschen Bauernbund trat vor einiger Zeit als Hospitant der nationalliberalen Fraktion des Reichstages bei. Seine Anschauung von den Grundsätzen des Liberalismus, zu dem sich Hestermann hingezogen fühlte, sind aber sonderbare. In der „Hessischen Landeszeitung" veröffentlicht dieser „liberale" Mitläufer einen Aufsatz, in dem er nicht nur die Sozialdemokratie in der bekannten Manier herunterreißt, sondern auch die rechtsstehenden Parteien werden gegen den Freisinn scharf gemacht. Der nationalliberalen Partei prophezeit Hestermann, sie würde sich selbst zugrunde richten, wenn sie eine Entwicklung nach links nehmen würde; ihre Stärke liege rechts in den Kreisen, mit denen sie bisher die Politik gemacht habe!

Hestermann agitiert im weiteren für die Konservativen. Sein Platz würde also nicht bei den Nationalliberalen, sondern bei den Konservativen sein. Charakteristisch ist es für die Nationalliberalen, daß sie einen solchen Mann als Hospitanten dulden.

Zum 70jährigen Geburtstag Hertlings

haben die ultramontanen Blätter begeisterte Lobpreisungen Hertlings, dieses hervorragenden „Staatsmannes", der an der Spitze Bayerns steht, gebracht. Die katholische Zeitschrift „Hochland", in der die Zentrumsführer ihre „wissenschaftlichen" Artikel ablagern, behauptet in einem Artikel, der den Minister Hertling feierte, dieses Ministerium Hertling sei notwendig, um in der bayerischen Regierung wieder Ordnung zu schaffen. Jahrelang sei der Prinzregent Luitpold von seinen früheren Beratern getäuscht und im unklaren über die politische Situation gelassen worden. Nicht einmal die Wahl von den 110 Sozialdemokraten habe man ihm mitgeteilt und auch über die Beweggründe zur Auflösung des bayrischen Landtages und über die bayrische Landtagswahl sei er getäuscht worden.

Die bayrische Staatszeitung, das ureigenste Organ Hertlings, sieht sich jetzt veranlaßt, diesem Schwindel selbst den Garaus zu machen. In einer hochoffiziösen Erklärung wird versichert, daß alle jene Behauptungen unrichtig seien, daß die Minister von Podewils und Brettreich wiederholt dem Prinzregenten Vortrag über jene Vorgänge gehalten haben und der Prinzregent auch die selbstlose Hingebung und rückhaltlose Treue seiner früheren Berater anerkannt habe. — Es wird Hertling nicht leicht gefallen sein, seine eigenen Freunde, die ihn auf Kosten der Wahrheit feiern wollten, in dieser derben Weise abzuschütteln und dadurch der Welt zu zeigen, wie man in ultramontanen Kreisen mit der Wahrheit umgeht.

Arme „Kölner"!

Die neueste Nummer der in Trier erscheinenden „Petrusblätter" leistet sich jetzt nach dem Frieden von Metz Angriffe gegen die „Kölner Richtung" von einer Schärfe, zu der man sich selbst in diesem anmutigen Streite nur selten verstieg. Neben anderem wird ein Artikel eines Pfarrers Holzamer aus Mainflingen veröffentlicht, der sich mit dem fünfzigjährigen Jubiläum einer Schrift des Mainzer Prälaten Heinrich, eines alten Haudegens des alten katholischen Zentrums befaßt. In diesem Artikel wird von den „schändlichen Verdächtigungen" der Bachemiten gegen die Maiteiegramme des Papstes von 1912 gesprochen; die M.-Gladbacher hätten die „unerhörten Worte" geschrieben, Pius X. sei ein in einem „Fehlspruch" irrender Mensch, und dann heißt es mit massiver Deutlichkeit:

„Diese unerträglichen Schimpfworte, mit denen Gewerkschaftssekretäre und ähnliche oft der einfachsten Bildung entbehrende Leute gegen Bischöfe und selbst gegen den apostolischen Stuhl losziehen durften — was anders hatte dies alles zum Zweck, als die Katholiken Deutschlands taub und fühllos zu machen für alles, was nicht von der politischen Partei ausgegangen.

Und welchem anderen Zweck diente die ungeheuerliche Behandlung, welche der interkonfessionelle Trust dann der Enzyklika Singulari zuteil werden ließ? Um Deutschlands Katholiken taub und fühllos zu machen für die klaren Weisungen Pius X., mußte eine Nebelwolke von Kommentaren den Sinn der Enzyklika entstellen. Um Deutschlands Katholiken taub und fühllos zu machen für den ohne Parteiplatzer redenden Papst, mußte die Enzyklika zunächst einer Gewerkschaftssynode unterbreitet werden: und erst, als diese ihr Urteil gefällt, war, wie das „Mainzer Journal" und ähnliche Blätter ihre Leser belehrten, die vom Papst behandelte Frage geklärt. . . . Nicht der Papst, sondern die politischen und sozialpolitischen Tagesgrößen geben die Entscheidung."

Eine dieser „Tagesgrößen" ist Matthias Erzberger. Ihn nimmt der Pfarrer Holzamer folgendermaßen bei den Ohren:

„Einer der parteiamtlich angestellten Helfer, Erzberger, mußte zu die Parteikniffe, mit welchen man solche „Andersdenkende" zur Ruhe bringt, für den jeweiligen Gebrauch der Provinzpresse in passende Ordnung bringen. Was würde wohl Heinrich zu diesem Arsenal von Schlagwörtern der Partei sagen? Auf einer einzigen Seite kann er bei Erzberger mehr Schlagwörter finden, als zu seiner Zeit die berüchtigten Phrasendrescher des Fortschritts in der längsten Rede einschärften. Da rasselt und prasselt es nur so von Schlag- und Schimpfwörtern. . . ."

Der geistliche Herr ruft schließlich aus:

„Das ist das Recht, die Wahrheit, die Freiheit, wie sie in den Zentrumsköpfen Bachemischer Richtung gedacht sind."

Selbstverständlich dürfen sich die Kölner eine solche Kennzeichnung nicht gefallen lassen; um Holzamers Angriffe wird bald die schönste Holzerei im Gange sein und die „Kölnische Volkszeitung" kann wieder ausrufen: „Sollte der Friede von Metz nur ein Traum sein?"

Alldeutscher Narrentag.

Die Alldeutschen tagten am Sonnabend und Sonntag in Breslau. Hauptredner waren natürlich wieder die Claß, Keim und Liebert. Herr Claß konstatierte das kostspielige Fiasko der österreichischen Balkanpolitik, deren Folgen die Deutschen hüben und drüben durch vermehrte Rüstungen tragen müssen. Aber die österreichischen Deutschbürgerlichen waren ja die begeisterten Stützen dieser Politik! Dann verlangt Herr Claß, daß die deutschen Rüstungen endlich verwendet werden, um auf England loszuschlagen. Die Verbesserung des Verhältnisses zu England ist ihm ein Reinfall der Regierung und der Landhunger müsse die energische Tat gebären. — Der Redegeneral und vollkräftige Pensionsempfänger Keim machte dem deutschen Volke die angenehme Mitteilung, daß die neueste Heeresvorlage eben nur eine, aber lange nicht die letzte Rüstungsvermehrung ist, denn Frankreich rüste, Rußland auch. Dann verlangt Herr Keim Militarisierung der Jugend und der Reservisten.

Zur Welfenfrage forderte man den absoluten Verzicht der Cumberländer und Rathenower auf Hannover als Vorbedingung der Tronchenbesteigung in Braunschweig und reichsgesetzliche Regelung der Thronfolge in allen Bundesstaaten. (Ein Reichsgesetz, das besagen würde: „Auf die jetzigen Throninhaber folgt kein anderer mehr!" wäre die beste Lösung!)

Man protestierte gegen den Skandal der Fremdenlegion, und hier forderte ein Pfarrer Reuß-Hamburg Bildung einer deutschen Kolonial-Soldtruppe, damit sich die deutsche Abenteuerlust wenigstens als Kulturdünger für deutsches Kapital national betätigen kann!

Die Landtagswahlbewegung in Baden

ist am Sonntag durch die Veranstaltung einer großen Anzahl gut besuchter Versammlungen im ganzen Lande eröffnet worden. Die Stimmung ist allerwärts eine gute.

Verschärfung der Kontrollversammlungen.

Im Anschluß an das grausame Erfurter Reservisten-Urteil ist in vielen Blättern die Forderung erhoben worden, mit der zwecklosen Unterstellung der Kontrollpflichtigen unter die Militärgerichtsbarkeit während des ganzen Kontrolltages Schluß zu machen. Diese vernünftige Reform ist den Militaristen ein Dorn im Auge, da man aber die Unzuträglichkeiten des bisherigen Systems nicht leugnen kann, schlägt die „Schles. Ztg." vor, die Kontrollpflichtigen den ganzen Tag mit militärischen Dingen zu beschäftigen. Sie sollen soldatische Übungen machen, militärische Vorträge anhören und in ihrem Wirtschaftsbesuch militärisch kontrolliert werden. Das sei eine Folge der Vermehrung der Wehr- und Kontrollpflichtigen und der beste Schutz gegen die jetzige Abschwächung des militärischen Geistes.

Die Militärverwaltung soll es nur mit diesen Vorschlägen versuchen, die Sozialdemokratie kann sich garnichts Besseres wünschen.

Der preußische Städtetag,

der am 6. und 7. Oktober in Breslau abgehalten wird, beschäftigt sich neben dem Wohnungsgesetzentwurf auch mit den bevorstehenden Aenderungen des Kommunalabgabengesetzes. Der Vorstand des Städtetages hat eine Denkschrift über das Kommunalabgabenrecht ausgearbeitet, in der gegen die geplante Beschränkung der städtischen Steuerhoheit im Gebiete der Grundsteuer Stellung genommen wird.

Österreich-Ungarn.

Kinderarbeit und Kinderschutz. Zu äußerst interessanten Debatten kam es auf dem österreichischen Kinderschutzkongreß, der in den letzten Tagen in Salzburg abgehalten wurde. Die Agrarier wandten sich, merkwürdigerweise unterstützt von dem früher recht modernen Sozialpolitiker Dr. Hainisch, gegen jede Einschränkung der Kinderarbeit, die für die Landwirtschaft unentbehrlich sei, und ein steierischer Großgrundbesitzer, ein Herr v. Seutter, erhob dieses Verlangen im Namen von — 17 000 Bauern! Natürlich traten auch die Vertreter der Kirche auf die Seite der Agrarier, obgleich der Erzbischof von Salzburg, Kardinal Katschthaler zur Eröffnung des Kongresses eine von wohlwollenden Versicherungen überströmende Rede gehalten hatte. Für das Verbot der Kinderarbeit traten Sozialpolitiker, vor allem aber unsere Genossen ein, für die der Abg. Glöckl, Smitka, der Obmann der Schneidergewerkschaft und der Genosse Dr. Julius Deutsch sprachen und die den stürmischen Beifall der Mehrheit des Kongresses fanden.

Holland.

Der Achtstundentag. Bei den Kommunalwahlen in diesem Sommer bekam die Stadt Zaandam, als die erste größere Kommune im Lande, eine sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung. Diese Mehrheit hat nach Unterhandlungen mit dem Gemeindearbeiterverband den Beschluß gefaßt, sofort den maximalen Achtstundentag für alle Arbeiter und Angestellte im Gemeindedienst einzuführen. Bisher hatte der Arbeitstag noch zehn Stunden. Kurz vor den Wahlen hatte, unter dem Drängen der damals schon sehr verstärkten Fraktion, der Gemeinderat im Prinzip sich entschlossen, die Arbeitsdauer auf neun Stunden herabzumindern. Sobald unsere Genossen aber die Mehrheit erobert hatten, taten sie auch den weiteren Schritt zur internationalen Arbeiterforderung des Achtstundentages.

Balkan.

Der Kampf um Enver Bei. Ueber die Ursache der blutigen Vorfälle im türkischen Hauptquartier in Adrianopel wird aus Sofia gemeldet: Am ersten Beiramfeste befanden sich der Kriegsminister, der Generalissimus Izzet Pascha, die Generale Abuk Pascha, Hurschit Pascha und andere höhere Offiziere in einem Saale des Konaks, um die Beiram-Wünsche des Offizier-Korps entgegenzunehmen. Auch Enver Bei erschien und gratulierte allen mit Ausnahme von Abuk Pascha. Hurschit Pascha versuchte, die beiden Gegner unter Hinweis auf die religiösen Vorschriften des Beiramfestes zu versöhnen und wollte Enver Bei zu Abuk Pascha führen. Enver Bei sträubte sich, worauf Abuk Pascha ausrief: „Laß den Purscht! Von einem Verbrecher brauche ich keinen Glückwunsch!" Enver Bei antwortete in ähnlichem Tone mit dem Schimpfworte „Pesaveng!" Darauf sprang Abuk Pascha auf, zog seinen Revolver und feuerte ihn auf Enver Bei ab, der am Arm verwundet wurde. Der Vorfall wurde sofort nach Konstantinopel telegraphiert, worauf die Regierung befahl, Abuk Pascha den Säbel abzufordern und ihn zu verhaften. Als die Offiziere der Komiteepartei zur Ausführung dieses Befehls bei Abuk Pascha erschienen, widersetzten sich die Offiziere seines Regiments der Verhaftung. Es entspann sich ein wütender Kampf mit Säbeln und Revolvern, in dessen Verlaufe 5 Offiziere getötet und 20 verwundet wurden. General Abuk Pascha zählte zu den eifrigsten Anhängern des früheren Kriegsministers Nasim Pascha, bei dessen Ermordung Enver Bei eine hervorragende Rolle spielte.

Amerika.

Die Revolution auf San Domingo. Nach Depeschen vom amerikanischen Vizekonsulat zu Puerto Plata, San Domingo, wo die Revolution zunimmt, wurde die Stadt von Kanonenbooten der dominikanischen Regierung beschossen unter Gefahr für Leben und Eigentum der amerikanischen Bürger. Der Aufstand, der bisher nicht für ernsthaft gehalten wurde, wird, wie es heißt, von Hector Velasquez, dem früheren interimistischen Präsidenten der Republik geleitet, der die Herrschaft über die ganze Provinz an sich gerissen habe.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 9. September.

Achtung, Schuhmacher! Die Differenzen mit Herrn Karl Obst, Am Brink 11 b, sind als geregelt anzusehen.
Die Ortsverwaltung.

Auf der Abonnentenjagd befindet sich gegenwärtig wieder ein Teil der bürgerlichen Presse Lübecks. Wenn man bedenkt, wie wenig Abnehmer diese Blätter haben, so ist das sehr begreiflich. Wir sind gewiß die letzten, die den sich eben über Wasser haltenden Organen der Liberalen und Nationalliberalen das verübeln, nur zweifeln wir, daß es ihnen je gelingen wird, zusammen so viel Abonnenten zu erhalten, als sie schon vor Monaten jeder allein zu besitzen Dritten gegenüber behauptet haben.

Nun ist es interessant zu beobachten, wie die am Angelhaken befindlichen Regenwürmer beschaffen sind, auf die das verehrliche Publikum beißen soll. Doch halt! Zunächst sei erst mitgeteilt, daß es die „Eisenbahn-Zeitung" und die „Lübeckischen Anzeigen" sind, die es auf den Abonnentenfang abgesehen haben. Da anscheinend bisher hier eines des Staates und der Stadt Lübeck würdige Tageszeitung nicht vorhanden war, so hat die „Eisenbahn-Zeitung", wie ihr Verlag selbst bescheiden sagt, es unternommen, eine solche zu schaffen. Aus diesen Worten geht natürlich hervor, daß unser verehrliches Amtsblatt und der General-Bumbum Zeitungen sind, welche Lübecks nicht würdig waren. Wir wollen es unterlassen, auf diese Wertschätzung der bürgerlichen Presse untereinander einzugehen; sie spricht für sich.

Das Amtsblatt gibt auf die Liebenswürdigkeit ihrer Kollegin und Konkurrentin aus der Breiten Straße keine direkte Antwort! es bläht sich aber gewaltig und prahlt mit seiner „Führerschaft auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft", von der bisher sonst noch niemand etwas gemerkt hat. Dann bezeichnet es sich als der „Sammelpunkt aller bürgerlichen Bestrebungen" — wodurch diese natürlich nur diskreditiert werden sollen! — und spielt sich gar auf mit der von ihm erfolgten modernen Handels- und Verkehrspolitik. Dabei sind ihm von der hiesigen Handelskammer schon verschiedene Rüffel wegen verkehrspolitischer Artikel geworden, die Lübeck zu schädigen geeignet waren!

Die Vertretung irgend einer politischen Richtung traut sich keines der Blätter auszusprechen. Vielleicht besitzt weder die „Eisenbahn-Zeitung" noch das Amtsblatt einen politischen Charakter. Aber national sind sie beide bis auf die Knochen. Das kann man in Fettdruck lesen. Nun ist es ja bekannt, daß mit keinem Wort ein größerer Unfug getrieben wird, als mit dem Wort „national." Die nationale Phrase muß aber immer dann herhalten, wenn auf die Einsichtslosigkeit spekuliert wird.

Sehr hübsch macht es sich, wenn die „Eisenbahn-Zeitung" meint, daß eine große Anzahl von Abonnenten noch lange nicht beweist, daß eine Zeitung gut ist. Obwohl das richtig ist, so spricht es doch erst recht wohl kaum dafür, daß nun gerade das die besten Blätter sind, die die wenigsten Abnehmer haben. Sonst müßten allerdings die „E.-Z." und das nach dessen Ansicht Lübecks unwürdige Amtsblatt wirklich vortrefflich sein!

Mit Befriedigung wird auch die Welt Kenntnis davon genommen haben, daß die „Eisenbahn-Zeitung", wie sie selbst betont, kein Schattendasein mehr führt, sondern in 35 Tagen 849 Abonnenten gewonnen hat. Das bestätigt ihr noch ausdrücklich ein gerichtlicher Bücherrevisor. Wieviel von diesen neuen Beziehern sich in das nächste Quartal hinüberwagen werden, steht aber noch dahin. Wenn nun schon das Blatt so viele Abnehmer gefunden hat, muß man sich nur über die allzu große Bescheidenheit wundern, mit der es sich dauernd über die Gesamtzahl seiner Abnehmer ausschweigt. Sollte es dazu doch wohl triftige Gründe haben?!

Damit genug für diesmal. Uns kam es nur darauf an, zu zeigen, daß die bürgerliche Presse Lübecks es nicht einmal wagt, sich zu irgendwelchen politischen Grundsätzen zu bekennen um damit Leser zu gewinnen, sondern daß sie hofft, mit faustdicken Phrasen, hohlen Prahlereien und nichtssagenden Redensarten Dumme fangen zu können.

Heute gilt es jedoch mehr denn je, Farbe zu bekennen. Und das tut in Lübeck ausschließlich der „Lübecker Volksbote", das Organ der Sozialdemokratie und damit der werktätigen Bevölkerung. Wer für Volksfreiheit und Volkswohlfahrt eintritt, der wird, der muß diese Zeitung lesen, die allein mit offenem Visier kämpft, ohne Rücksicht auf Cliquen und Gruppen in den sogenannten maßgebenden oder gebildeten Kreisen. Unser Wahlspruch lautet: Tue recht und scheue niemand!

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat August auf 1216 (1180), die der Besucher auf 1370 (1298). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 149 Personen. Mithin sind im Monat Juli **1067** (1037) **neue Fälle** bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1291 (1243), darunter nach auswärts schriftlich 31 (44). Von

den Besuchern waren organisiert 647 (706) Personen, und zwar gewerkschaftlich 375, politisch 33, gewerkschaftlich und politisch 239. Unter den verbleibenden 723 Nichtorganisierten befinden sich 409 Angehörige von Organisierten und 5 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 826 (871) männlich, 516 (406) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1226 (1169); selbständige Gewerbetreibende, Beamte 2c. und deren Angehörige 116 (108); Organisationen 28 (21). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1061 (971) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 112 (111), Oldenburg 76 (87), Mecklenburg 60 (64), Preußen 58 (61), Hamburg 3 (3). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 233 (189), Arbeits- und Dienstvertrag 325 (265), bürgerliches Recht 441 (455), Strafrecht 85 (111), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 149 (168), Arbeiterbewegung 11 (14), Privatversicherung 13 (22), Handels- u. Gewerbesachen 14 (3). Verschiedenes 20 (16). Von den Auskünften machten 268 (340) die Anfertigung von 344 (455) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 21 (33) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 198 (258) Postsendungen. Der 4. August zeigte mit 87 (78) die höchste, der 9. August mit 40 (37) die niedrigste Besucherzahl.

b. **Gewerbegericht** am 8. September. Zu welcher Tageszeit darf bei den Bauarbeitern das Arbeitsverhältnis gelöst werden? Eine Frage von prinzipieller Bedeutung, die bereits die Schlichtungskommission im Baugewerbe beschäftigt hat, wurde am Montag vor dem Gewerbegericht unter Vorsitz des Oberamtsrichters Dr. Leverkühn entschieden. Gegen die Firma Blunck u. Sohn klagten 9 Maurer auf je 2,76 Mk., weil sie am Mittag entlassen wurden statt wie üblich am Schlusse des Arbeitstages. Der Tarifvertrag sagt im § 7: „Das Arbeitsverhältnis kann ohne Kündigung jederzeit gelöst werden. Etwaige Entlassungen sind eine Viertelstunde vor Schluß der Arbeitszeit bekannt zu geben.“ Unter Schluß der Arbeitszeit wird im landläufigen Sinne gemeinhin das Ende des Arbeitstages verstanden. Die Firma Blunck u. Sohn dagegen legt sich diesen Paragraphen so zurecht: sie könne nicht nur jeden Tag die Leute entlassen, sondern jederzeit. Der Arbeitstag enthalte verschiedene Abschnitte, Frühstück, Mittag und Abend, sie habe nur nötig, eine Viertelstunde vor Beendigung eines solchen Abschnittes die Auflösung des Arbeitsverhältnisses bekannt zu geben, damit die Leute ihr Handwerkszeug zurechtlegen könnten. Auf die Minute könne diese Viertelstunde nicht abgezirkelt werden, wenn mehrere Entlassungen bevorständen, doch geschehe es stets noch im Rahmen der Arbeitszeit. Unter den klagenden Arbeitern befinden sich auch zwei, die zur Frühstückszeit nach Hause gegangen waren, um ihre nassen Kleider zu wechseln, und die erst am Nachmittag wieder zur Arbeit erschienen. Obwohl diesen zur Mittagszeit die Entlassung nicht mitgeteilt werden konnte, durften sie nicht mehr anfangen. Während die Parteien vor der Tür warten mußten, legte sich die Schlichtungskommission drei Fragen vor, die dem Sinne nach lauten:

1. Hat die Firma Blunck u. Sohn nach dem Tarif unrecht?
2. Hat sie durch die Entlassung ½ Stunde zu zahlen?
3. Hat sie an die nach Hause gegangenen Leute ebenfalls ½ Stunde zu zahlen?

Die erste Frage wurde durch Stimmengleichheit abgelehnt, die beiden andern bejaht. Der Schriftführer fügte noch die Anmerkung hinzu, auch von Arbeitnehmerseite sei zugegeben worden, daß Leute während der Arbeitszeit aufgehalten sind und umgekehrt. Der Vorsitzende der Filiale Lübeck des Bauarbeiterverbandes, Kleinfeldt, begründete dieses Einschiebsel damit, daß es einzelne Arbeiter gegeben habe, die keinen Wert auf strikten Einhalt gelegt hätten, weil ihnen daran gelegen sei, wieder bei der Firma beschäftigt zu werden. Die Kläger legen aber besonderes Gewicht auf den § 7. Als Unterlage ihres Anspruchs bringen sie ein Urteil des Schwartauer Amtsgerichts, das seinerzeit einen Gehilfen zum Verlust eines halben Tagelohnes verurteilte, der am Mittag sein Arbeitsverhältnis löste. Dieses Urteil ist gestützt auf Erkenntnisse des Berliner Gewerbegerichts. Von weiterem Verfolg jener Klage wurde abgesehen, da eine Rechtsanwaltsauskunft sie als erfolglos hinstellte, weil es eine kleinere Aufteilung eines Arbeitstages nicht gebe, er bilde eine Einheit für sich. Das hiesige Gewerbegericht stellte sich auf einen andern Standpunkt. Es sprach den beiden Maurern, die am Mittag wieder zur Arbeit erschienen, die Forderung zu. Sie hätten, da ihnen vorher nichts mitgeteilt worden sei, nur nach Auffassung der beklagten Firma selbst gehandelt. Dagegen hätten sich die übrigen Kläger nicht in der Lage befunden, dem Gerichte nachzuweisen, daß ihre Auffassung des § 7 ausschlaggebend sei. Dem § 7 fehle die Erläuterung. Unter „jederzeit ohne Kündigung“ könne man 2 Uhr und 6 Uhr verstehen. Die bedeutendste Schwierigkeit bilde die Frage: vor Schluß der Arbeitszeit. Man könne darunter verstehen, was als Kapitelüberschrift stehe, es könnten aber auch die einzelnen Tagesabschnitte gemeint sein. Die beklagte Firma habe den Abschnitt bis mittags gewählt. Bei einer Entlassung auf dem Bau größeren Umfanges dürfe es auch nicht auf die Minute ankommen, fehle ½ Minute an der Zeit zum Geschirrzusammenraffen, dürfe das nicht als Schikane aufgefaßt werden, sonst sei es Spiegelfechterei. Verträge müsse man nach Treu und Glauben auslegen und anwenden. Die Klage habe abgewiesen werden müssen, doch würden bei der hohen prinzipiellen Bedeutung der Angelegenheit die Kosten niedergeschlagen. Das Gericht ist der Ansicht, es handle sich um die Auslegung einer nicht genügend gefaßten Bestimmung, die im künftigen Vertrag genauer dargestellt werden soll, damit der Begriff jederzeit zweifelsfrei erscheint. — Gesinde- oder Gewerbeverhältnis? 41,25 Mk. fordert der Arbeiter K. für seine Tochter von dem Wäschereibesitzer St. Im Laufe der Verhandlung stellte sich heraus, daß das Mädchen im Gesindeverhältnis stand, da es die Stelle im Haushalt gegen Jahreslohn angenommen hatte und auch vor dem Antritt einen Taler Mietsgeld annahm. Im Gewerbebetrieb des Beklagten war sie nur aushilfsweise tätig. Das Gewerbegericht erklärte sich zwar für zuständig, schlug aber doch einen Vergleich vor, der von beiden Teilen angenommen wurde: der Beklagte zahlte 22 Mk. — Zum zweitenmal vertagt wurde eine Aushilfskellnerklage gegen den Restaurateur P. Es handelt sich um das „Polieren“ der Gläser nach Arbeitsschluß. Eine solche Klage wurde im Juli von uns besprochen. Ueber den Ausgang werden wir später berichten.

b. **Schöffengericht** am 9. September. Wegen Vergehen gegen das Margarinegesetz war der Kaufmann R. aus Hamburg in 20 Mk. Polizeistrafe genommen. Seiner Kunstbutter fehlte die Bezeichnung „Margarine“. R. legt beweiskräftig dar, daß die Maschine die Ware gar nicht anders als mit Stempelaufdruck bearbeitet. Die Pflanzenbutter ist jedoch gegen Wärme sehr empfindlich, so daß der eingepreßte Aufdruck leicht verläuft. Das Gesetz fordert ferner Kenntlichmachung der Verpackung, gegen die ebenfalls verstoßen war. Wegen Verjährung wurde in diesem Falle das Verfahren eingestellt, im zweiten erfolgte Freispruch. Der Sinn des Gesetzes sei, die Käufer vor Täuschung zu bewahren. In erster Linie ist der Fabrikant für die Pressung verantwortlich, doch nur insoweit, als er über die Ware verfügt. Anders würde es sich freilich verhalten, wenn die Margarine absichtlich aus flüssigem Material hergestellt würde, daß auf dem Transport der Aufdruck verloren geht. Da diese Ware minderwertiger ist als aus tierischen Fetten bereitete und sich leichter auflöst, darf sie beim Verwischen des Aufdrucks der Bezieher eben nicht weiter verkaufen. — Einen Zusammenstoß mit der Elektrischen muß der jugendliche Kutscher M. mit 15 Mk. Strafe ausgleichen. — Weitere Unterschlagungen. Im April ds. Js. wurde der Stadtreisende G. wegen Unterschlagungen zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Heute werden dem Manne noch weitere Vergehen nachgesagt. Er soll 133 Mk. einkassiert und für sich verwandt haben; ferner hat er für 61,50 Mk. Zigarren, die ihm kommissionsweise überlassen, nicht zurückgeschickt. Der Staatsanwalt beantragte die Strafe um 2 Monate zu erhöhen. Die Verhandlung wurde vertagt; der Angeklagte will Gegenbeweise herbeischaffen. — Aus „Versehen“ hat das Lehrmädchen A. eine weiße Bluse aus dem Hause einer Pensionsinhaberin mitgenommen. Die Mutter des Mädchens packte einige Wochen später noch eine blaue Bluse ein; beide behielt das Mädchen zurück und trug sie auch, bestritt aber auf Vorhalt, daß sich die Blusen unter ihrer Garderobe befänden. Da sie sich zur gütlichen Regelung nicht bereit erklärte, wurde Anzeige erstattet. Statt den beantragten 10 Tagen Gefängnis wird auf 20 Mk. Geldstrafe erkannt; es wurde nur Unterschlagung angenommen. — Gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch beging ein Travemünder Matrose H., der mit seinem Kollegen im „Alltagsgewand“ einen Tanzsaal besuchte, hinausexpediert wurde und wieder das Parkett betrat. Er wird wie sein Kollege zu 15 Mk. Strafe verurteilt.

Handelsregister. Am 8. September 1913 ist eingetragen die Firma: Translatik-Kunstanstalt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Übertragung von Kunstdruck, Photographien und sonstigen Bildern irgend welcher Art, auf Holz, Leinwand, Linoleum oder einen andern Stoff mittels der durch Musterschutz geschützten Translatikapparate, die Veräußerung derartig hergestellter Bilder nebst Rahmen, sowie die Herstellung und der Verkauf der Translatikapparate nebst Zubehörteilen, sowie der Betrieb sonstiger kaufmännischer Geschäfte. Stammkapital: 20 000 Mk. Geschäftsführer: Christiansen, Ad., Kaufmann in Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. August 1913 festgestellt. § 5, Ziffer 3 des Gesellschftsvertrages ist am 4. September 1913 abgeändert. Die Gesellschafter, Kaufleute Adolf Christiansen in Lübeck und Arthur Benrath in Berlin, bringen als Sacheinlage in die Gesellschaft ein: 1. die ihnen gehörige Translatik-Erfindung (Gebrauchsmuster Nr. 549825 und Warenzeichen Nr. 169699 Klasse 21 Aktenzeichen C. 13069 im Werte von 17 000 Mk.; 2. die ihnen gehörigen in Lübeck, Wahmstraße Nr. 30 lagernden Apparate usw. im Werte von 1000 Mk. Hiervon sind anzurechnen auf den Gesellschafter Christiansen 6800 Mk. und auf den Gesellschafter Benrath 11 200 Mk. Die Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.

Schwankende Gesundheit. In der Woche vom 17. bis 23. August sind nach den Veröffentlichungen des Kais. Gesundheitsamts von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Aachen 15,1, Altona 12,8, Augsburg 18,7, Barmen 10,1, Berlin 11,8, Berlin-Schöneberg 6,9, Berlin-Wilmersdorf 7,4, Bochum 14,9, Braunschweig 12,4, Bremen 10,7, Breslau 16,4, Kassel 7,8, Charlottenburg 7,5, Chemnitz 10,2, Köln 11,7, Krefeld 14,1, Danzig 17,5, Dortmund 16,9, Dresden 10,5, Duisburg 15,7, Düsseldorf 11,4, Elberfeld 10,2, Erfurt 13,9, Essen 16,1, Frankfurt a. M. 10,4, Gelsenkirchen 15,2, Halle 18,7, Hamborn 14,4, Hamburg 10,4, Hannover 12,1, Karlsruhe 14,5, Kiel 9,4, Königsberg 16,2, Leipzig 13,0, Lübeck —, Magdeburg 15,0, Mainz 9,9, Mannheim —, Mülheim a. d. R., 7,0, München 12,4, Neukölln 8,9, Nürnberg 10,3, Plauen i. V. 12,5, Posen 22,5, Saarbrücken 10,6, Stettin 14,5, Straßburg 14,9, Stuttgart 11,8, Wiesbaden 17,1, London 11,8, Paris 14,7, Wien 12,6.

pb. **Diebstahl von Bekleidungsgegenständen.** In der Nacht vom 6. zum 7. ds. Mts. sind in Genin aus einer Knechtekammer folgende Sachen gestohlen worden: 2 gebrauchte Manchesterhosen, 3 gebrauchte dunkelbraune Arbeitshosen, 1 blauer Feuerwehrrock, 1 braungestreifte Weste, 1 dunkelbraunes Jackett, 1 Paar fast neue halblange Schaftstiefel und 1 Paar gebrauchte Schnürschuhe.

pb. **Entwendeter Kupferdraht.** In der Zeit zwischen dem 31. vor. Mts. und dem 5. ds. Mts. sind aus einer Fabrik in Siems 90 Meter schwarzgestrichener, 5 Millimeter starker Kupferdraht gestohlen worden.

pb. **Einbruchsdiebstahl.** Aus einem Hause der Hansastraße sind in der Zeit vom 4. zum 5. ds. Mts. mittels Einbruchs gestohlen worden: 1 goldene Damen-Remontoiruhr, das Glas hat einen Riß, 1 lange golddoublee Halskette, 1 goldenes Medaillon, 1 goldene Kinderhalskette, 1 goldene Brosche, 1 Jubiläumsbrosche (2-Markstück), 1 mattgoldenes Armband, 1 goldene Halskette mit Herz als Anhängsel, 1 goldener Siegelring mit grünem Stein, 1 Paar goldene Ohrringe mit Wachsperlen, 1 Kleiderbürste und ½ Kiste Zigarren.

Die Jugendvorstellung im Cines-Hansa-Theater fand am Sonntag nachmittag trotz des schönen Wetters vor dichtbesetztem Hause statt. Jubelnder Beifall folgte jeder Nummer des Programms. Nach diesem durchschlagenden Erfolg fühlt sich die Direktion veranlaßt, auch die folgenden Sonntage 4 Uhr nachmittags Jugend-Vorstellungen mit dem Einheitspreis von 60 Pfg. für Erwachsene und 20 Pfg. für Kinder zu veranstalten, um so eine Einrichtung zu schaffen, die im Lübecker Publikum zweifellos volle Befriedigung hervorrufen wird. Dieses in seiner künstlerischen Eigenart einzig dastehende Programm kann nur noch bis Donnerstag, den 11. ds. Mts., auf dem Repertoir bleiben. Es sollte niemand versäumen, diese hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Variété-Kunst zu sehen.

Sommertheater. Man schreibt uns: Zum letzten Male gibt es Mittwoch „Puppchen“. In dieser Aufführung werden sich Frl. Klerwin, Frl. Renner und Herr Langendorf, die im Laufe des Sommers das Publikum so oft erfreut haben, verabschieden. Aber nur bis zum nächsten Sommer. An Überraschungen und Blumenspenden wird es morgen abend nicht fehlen.

Säuglingsfürsorgestelle I. Die nächste Sprechstunde findet am Mittwoch von 2 bis 3½ Uhr nachmittags Kahlhorststraße 31/33 statt.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

Oldesloe. Ein Sittenverbrechen ist zwischen Heckkaten und Bolande verübt worden. Ein junges Mädchen, das sich auf dem Heimwege nach Bolande befand, wurde, wie der „Oldesl. Landbote“ meldet, von einem Manne überfallen. Um das Mädchen am Schreien zu hindern, stopfte ihr der Unhold ein Taschentuch in den Mund. Als Täter kommt ein Arbeiter Th. in Betracht. Er ist bekleidet mit grüner Drelljoppe und grauer oder gestreifter Hose. — Ein jugendlicher Dieb, der 17jährige Arbeiter Michael K., ist verhaftet worden, weil er eine Reihe Diebstähle begangen hat. Der Bursche, der bei den Bahnarbeiten in Rohlfshagen beschäftigt war, hat dort eine größere Anzahl Zigaretten entwendet. In Lübeck stahl er eine Uhr, ferner entwendete er einen Anzug und ein Portemonnaie. Wahrscheinlich hat er noch andere Straftaten auf dem Kerbholz.

Oldesloe. Autoopfer. Von einem Berliner Automobil wurde die Hebamme Spidowski in der Lübeckerstraße überfahren und sofort getötet.

Hamburg. Mord in Moorfleth. Gestern abend in später Stunde bemerkte der am untersten Landweg wohnende Landwirt Eggers, als er vom Markt nach Hause kam, daß sein Haus offen stand. Er stellte fest, daß seine Frau erschlagen und erhängt war. Nähere Umstände sind noch nicht bekannt.

Hamburg. Der Rektor muß schweigen. In der Beschränkung der Gewissensfreiheit will offenbar die Hamburger Schulbehörde der preußischen nicht nachstehen. Zur Düsseldorfer Tagung des deutschen Monistenbundes hatte der Hamburger Rektor Höft ein Referat über die „fortschreitende Konfessionierung unserer Bildungsanstalten“ übernommen. Dem Referenten wurde aber nach einer Meldung Berliner Zeitungen der nachgesuchte Urlaub von der Hamburger Schulbehörde nicht bewilligt, da er sich mit seiner Forderung auf Entfernung des konfessionellen Religionsunterrichts aus den Schulen in Widerspruch mit der Anschauung seiner vorgesetzten Behörde setze. — Die Hauptversammlungen des Monistenbundes protestierte lebhaft gegen dieses Vorgehen der Hamburger Schulbehörde.

Altona. Liberaler Wahlrechtsraub in Altona. Die Provinz Schleswig-Holstein hat eine sogenannte liberale Städteordnung. Ihr Schöpfer, der Staatsrechtslehrer Hänel, hatte die Absicht, dem Bürgertum möglichst starken Einfluß auf die Verwaltung einzuräumen und den der Bureaukratie zurückzudrängen. Darum wurde bestimmt, daß der Magistrat von der Bürgerschaft in allgemeiner Wahl gewählt wird. Die Stadtverordneten haben nicht nur die Ausgaben zu bewilligen, sondern weitgehende Kontrollrechte gegenüber der Verwaltung u. a. m. Aber die Städteordnung ist auch insofern „liberal“, als sie bestrebt war, die Arbeiterklasse vollkommen von der Verwaltung der Städte auszuschließen. Das Bürgerrecht ist gebunden an einen Zensus, der von den Städten festzulegen ist, und zwar in den Grenzen von 660 und 1500 Mk. steuerpflichtigen Einkommens. Jährlich scheidet ein Sechstel der Stadtverordneten aus, das dann in öffentlicher Wahl von allen Bürgern wiederzuwählen ist. Diese öffentliche Zensuswahl bildete lange Zeit ein Bollwerk gegen die andrängende Sozialdemokratie. Nachdem es ihr aber einmal gelungen war, durchzukommen, hatte sie sofort die Aussicht, nach einigen Etappen die Mehrheit zu erhalten. Das hat zu Zensuserhöhungen und anderen Maßregeln in Kiel, Wandsbek und anderen Orten geführt, wobei sich die Fortschrittler stets besonders hervortaten. In Altona war das Bürgertum noch lange recht zuversichtlich. Noch 1903 erklärten Altonaer Vertreter auf dem Städtetag in Mölln, daß die Sozialdemokraten in Altona nichts machen könnten. Aber 1909 kamen die ersten fünf Sozialdemokraten ins Stadtparlament. Damit setzten auch gleich die Bestrebungen zur Verschlechterung des Wahlrechts ein und unter den Projektemachern haben die Altonaer Bürger- und Hausbesitzervereine seither die erste Stelle eingenommen. In Altona ist ein Zensus von 1200 Mk. festgesetzt, der bewirkt, daß gegenwärtig 18000 bis 20 000 Proletarier kein Wahlrecht haben. Dennoch ist es der Sozialdemokratie gelungen, im letzten Jahre ihre Mandatszahl auf elf zu erhöhen. In diesem Jahre sind acht Stadtverordnete zu wählen. Bei einem neuen Siege würde die Sozialdemokratie, da das Kollegium aus 35 Mann besteht, die Mehrheit erlangen. Unser Wahlsieg im vorigen Jahre hatte auf die Bürgerlichen zunächst niederschmetternd gewirkt. Dann hieß es: Nun aber arbeiten und organisieren! Das Bürgertum kann nämlich noch bequem siegen, wenn es vollzählig zur Wahl geht. Von 27 000 Wählern haben nur 15 000 gewählt. Aber nach einem kühnen Anlauf ging den Herren der Atem aus, während die Angst immer größer wurde. Da tauchte im Juni der Gedanke auf, das Wahlrecht zu verschlechtern. Im August beschlossen die Bürgervereine, beim Magistrat einen Antrag auf Erhöhung des Zensus auf 1500 Mk. und Einführung von Bezirkswahlen zu stellen. Am 30. August wurde der Antrag abgesandt und am 5. September war der Wahlrechtsraub, wie wir bereits gestern meldeten, beim Magistrat fix und fertig. Der Magistrat hatte apportiert wie ein guterzogenes Hündchen. Auf die Zensuserhöhung ging er zwar nicht ein. Er fand nämlich eine raffinierte Wahlkreiseinteilung heraus, durch die wenigstens vorläufig den Bürgerlichen drei von fünf Kreisen vorbehalten bleiben. Die Karte der Stadt ist ganz willkürlich zusammengeschneidert worden. Die Masse des Proletariats wurde in zwei Bezirke zusammengedrängt. Dort kann sie ihre Vertreter wählen. Die übrigbleibenden Fetzen der Proletarierquartiere wurden so mit Villenvierteln usw. zusammengekittet, daß das bürgerliche Element stets die Oberhand hat. Die Zahl der Stadtverordneten wird von 35 auf 42 erhöht. Wie der Plan wirkt, zeigt folgende Aufstellung:

Bezirk	Wählerzahl 1913	Stadtverordnete	sozialdem. Stimmen 1912	bürgerl. Stimmen 1912	Stimmenmehrheit
1.	5048	7	1175	1769	594
2.	5778	8	2353	683	1670
3.	6607	10	1447	2002	555
4.	5498	9	1168	1905	735
5.	5644	8	1925	1212	713

Auf diese Weise wird es möglich, der Sozialdemokratie die Mehrheit zu entreißen, die ihr der Stimmenzahl nach zukommt. Natürlich wird sich die Arbeiterklasse nicht kampflos ihre Rechte rauben lassen. Schon jetzt hat eine energische Agitation eingesetzt. Gestern, Montag, haben die Arbeiter in zwei großen Versammlungen demonstriert und am Donnerstag, wo die städtischen Kollegien über die Vergewaltigung beraten sollen, wird es sich zeigen, wer bei diesem Tänzchen zuerst außer Atem kommt. Der Ruhm von Altonas liberalem Bürgertum wird sicher nicht gefördert werden.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigs, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Zwetschen

ße reife Ware, 10 Pfd. 65 Pfg.
Johannes Schröder,
6688) Ziegelstr. 14.

Heute (6711
große süße Zwetschen,
10 Pfd. 60 Pfg., empfiehlt
Wilh. Süfke, Warendorpstr. 25.

Schlutup.

Heute eintreffend
billige Pflaumen,
schöne reife Früchte.
6692) **J. Kellmann.**

Kränze
Buketts u. Girlanden

6055) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und
Dornestraße 16 a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

Leere Farbetonnen

vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Zur Einführung bis Ende 1914 gegen Gutscheine von 5 Pfd. 1 Korallenkette od. 3 neusilb. Teelöffel, 10 Pfd. 1 echt silb. Kollier oder Blusennadel 800/1000 (222
Schumann & Wille, Wittenberge.

Achtung!
Steinsetzer u. Berufsgen.
Versammlung

heute, Dienstag, 9. Septbr.
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
6695) **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Metallarbeiterinnen-Versammlung

am Mittwoch, 10. September
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
6702) **Die Vertrauensperson.**

Moisling.
Sozialdemokratische Frauen.
Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 9. Septbr.
abends 8½ Uhr.
im Lokale der Ww. Schreiber „Kaffeehaus" in Moisling.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
6696) **Der Vorstand.**

Für Brautleute!

Komplette Wohnungs-Einrichtung 295.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	
1 Sofa 1 Tisch 1 Vertiko 4 Stühle	2 Bettstellen engl. 1 Kleiderschrank 1 Waschtisch 2 Stühle	1 Küchenschrank 1 Küchentisch 2 Stühle	**Teilzahlung** **wöchentlich 2.— Mk.**

Komplette Wohnungs-Einrichtung 450.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	
1 Sofa 1 Wachstuchtisch 1 Vertiko 1 Spieg. m. Unters. 4 Stühle	2 Bettstellen 1 Kleiderschrank, 2türig 1 Wascht.m.Spieg. 2 Stühle	1 Küchenschrank 1 Küchentisch 2 Stühle	**Teilzahlung** **pro Woche 3.— Mk.**

Komplette Wohnungs-Einrichtung 625.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	
1 Sofa 1 Ausziehtisch 1 Vertiko m. Spieg. 1 Trumeau 6 Stühle	2 engl. Bettstellen 1 engl. Kleiderschr. 1 zweitür. Wascht. 1 Spiegel 2 Stühle	1 Küchenschrank 1 Küchentisch 2 Stühle 1 Handtuchhalter	**Teilzahlung** **pro Woche 4.— Mk.**

Komplette Wohnungs-Einrichtung 750.— Mk.

Wohnzimmer	Schlafzimmer	Küche	
1 Plüschgarnitur besteh. aus 1 Sofa u. 4 Polsterstühlen 1 Ausziehtisch 1 Vert., 1 Trumeau	2 engl. Bettstellen 1 engl.Kleiderschr. 1 Waschtoilette 2 Stühle	1 Küchenschrank 1 Küchentisch 2 Stühle 1 Handtuchhalter	**Teilzahlung** **wöchentlich 5.— Mk.**

Einzelne Möbel:

		Spezialität:	
Bettstellen Kleiderschränke Tische Büfetts Vertikos Sofas Garnituren	Trumeaus Flurgarderoben Bücherschränke Schreibtische Diplomaten Stühle usw. Teppiche	Kompl. Schlafzimmer „ Wohnzimmer „ Speisezimmer „ Herrenzimmer „ Salons	**Teilzahlung** **von** **wöchentl. 1.— Mk. an.**

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Siegfried Ittmann

Breite Straße 33, 1. Etage. 6710

Mittwoch, Markthalle, Std. 29:
Ia. jg. Ziegenfleisch Pfd. 40 u. 50 Pfg.

Carl Folkers
Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Wegen Geschäftsverlegung 6706
Räumungs-Ausverkauf.
Gustav Christens

Hüxstraße 43. **Hüxstraße 43.**
Woll-Weißwaren. Herren-Artikel.

Meierei Schwartau

Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368

Waldschlösschen

Bad Schwartau.
Am Mittwoch, d. 10. September, nachm. 4 Uhr:
Gr. Kinderfest
(Wettspiele, Tanzkränzchen und Ueberraschungen.)
Abends 8 Uhr:
Einweihungs-Ball
für Erwachsene.
Von 4—10 Uhr Gartenkonzert. 10 Uhr Prachtfeuerwerk.
Gartenkonzert, Kinderfest u. Ball bei gänzlich freiem Eintritt.
Lehmann, Geschäftsführer.
Ein Spätwagen der Straßenbahn fährt 2 Uhr nachts vom Waldschlößchen nach Lübeck. (6693

Schulschreibhefte

mit den neuen Liniaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. **Mühlenstraße 13.**
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstücken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. ✻ Billigste Preise.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.
Bezirks-Versammlungen

für die
Mitglieder der Warenabgabestelle
in Mölln i. Lbg.
am Mittwoch, d. 10. Sept.
abends 8½ Uhr
im „Lübecker Hof";
in Malente
am Donnerstag, d. 11. Sept.
abends 8 Uhr
im „Bürgerheim";
in der Kronsford. Allee, Lübeck
am Donnerstag, d. 18. Sept.
abends 8½ Uhr
bei Hrn. Gastwirt Hagelstein, Geninerstraße.

Tagesordn. in all. Versammlungen:
1. **Bericht des Genossenschaftsrats.**
2. **Vortrag über die Volksfürsorge.**
Referent: Aufsichtsratsmitglied Redakteur **J. Stelling.**
3. **Genossenschaftliches.**

In **Malente** ist außerdem noch ein Mitglied des Genossenschaftsrats zu wählen.

Bezirks-Versammlung

für die Mitglieder
der Warenabgabestelle in der
Morkerkestraße
am Donnerstag, d. 11. Sept.
abends 8½ Uhr
im Restaurant Wakenitz-Bellevue.
Tages-Ordnung:
1. **Bericht des Genossenschaftsrats.**
2. **Wie stellen sich die Mitglieder zu dem beantragten ½8-Uhr-Ladenschluß.**
3. **Bericht von dem Genossenschaftstag.**
4. **Genossenschaftliches.**

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen bittet
6703) **Der Vorstand.**

„Cines"
Hansa-Theater.

Jeden Freitag:
Neues Programm
vom 5. bis 11. September
Stürmischer Beifall!!
Lachsalven.
Variété-Akte:
Les Marekys
Spanische Tänze.
Rembrandt
Karikaturist und Rauchmaler.
Werds Brothers
Humoristische Akrobaten.
Silbons Katzen
Humoristischer Dressurakt.
Joburg Girls
Engl. Gesang und Tanz.
Konerz Brothers
Neuartiger Diabolo-Akt
und **unsere renommierten**
Licht-Kunstspiele.
Vorstellung: Wochentags 8¼ Uhr.
Sonntags 4 und 8¼ Uhr.

Sonntag, 4 Uhr nachm.:
Jugend- u. Fremden-Vorstellung
(Kleine Preise!)

Vorverkauf bei **Friedr. Sager,** Kohlmarkt 3, Fernsprecher 1333 und **Friedr. Nagel,** Markt 14, Fernsprecher 558. (6697

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Mittwoch, den 10. September:
Letzte Operettenvorstellung.
Abschiedsabend: **Gabriele Klerwin, Olga Renner, Fritz Langendorf.**
Puppchen.
Donnerstag, den 11. September:
Roderich-Benedix-Lustspielabend.
Das Damenpensionat.
Freitag, den 12. September:
Gabriel Schillings Flucht.
Schluß der tatenreichen Saison
Sonntag, d. 14. September 1913.
6694) Anfang stets 8¼ Uhr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 211. Dienstag, den 9. September 1913. 20. Jahrg.

Ein Kampf auf Leben und Tod.

Der Schlag ist gefallen. Die Unternehmer Dublins haben beschlossen, alle Mitglieder der „Irish Transport and General Workers' Union" auszusperren. Während die Arbeiter der irischen Hauptstadt ihrem Kameraden Nolan ein Begräbnis gaben, wie Dublin es noch nie gesehen, beschlossen die Arbeitgeber unter dem Vorsitz des Scharfmachers Murphy die allgemeine Attacke auf die verhaßte Gewerkschaft. Dank seiner weitverzweigten wirtschaftlichen Macht ist es dem Herrn Murphy gelungen, fast alle Arbeitgeber zu bewegen, folgenden Resolutionen und folgendem Vertrage zuzustimmen:

Resolution I.

Diese Versammlung von Arbeitgebern gibt ihren freundschaftlichen Gefühlen gegenüber der Gewerkschaftsbewegung Ausdruck und erklärt hierdurch, daß die von der Irischen Transport- und Allgemeinen Arbeiter-Gewerkschaft (die nur dem Namen nach eine Gewerkschaft ist) geschaffene Lage eine Drohung für alle gewerbliche Organisation darstellt und unerträglich geworden ist.

Resolution II.

Um die bestehende Situation erfolgreich beherrschen zu können, sollten sich alle Arbeitgeber verpflichten, in der Aktion gemeinsam eine Richtung zu verfolgen, indem sie den folgenden Vertrag unterzeichnen.

Vertrag.

Wir verpflichten uns hierdurch, in Zukunft keine Personen zu beschäftigen, die fortfahren, Mitglieder der „Irish Transport and General Workers' Union" zu sein, und irgendeine Person, die sich weigert, unsere gesetzmäßigen und vernünftigen Anweisungen oder die Anweisungen ihrer Vorgesetzten auszuführen, wird sofort entlassen werden, zu welcher Gewerkschaft sie auch gehören mag.

Wenn ein Beschluß geeignet war, alle irischen Arbeiter zusammenzuschmieden und ihnen die tatkräftige Sympathie ihrer Brüder in Großbritannien zu sichern, so war es dieser. Es herrscht daher auch unter den Transportarbeitern die Ansicht, daß Herr Murphy in seiner blinden Wut diesmal arg daneben gehauen und sich selbst geschadet hat.

Es besteht jedoch die Gefahr, daß es den Arbeitgebern und ihrer Presse gelingt, die Oeffentlichkeit irrezuführen. Wie aus der ersten Resolution hervorgeht, wollen sie die Transportarbeiter-Union nicht als Gewerkschaft gelten lassen. Sie behaupten, diese Organisation predige den revolutionären Syndikalismus, halte keine Verträge und werde lediglich durch die Laune des Generalsekretärs Larkin geleitet, der sich als gewalttätiger Despot gebärde. Einzelne Blätter reden daher auch vom „Larkinismus". Den Unternehmern steht vor allen Dingen die katholische Geistlichkeit bei, die mit Schrecken wahrnimmt, daß ihr die Zügel der Herrschaft über die Massen aus den Händen gleiten. Sie sieht in der emporstrebenden Transportarbeitergewerkschaft das dräuende Gespenst des irischen Sozialismus. Larkin bekennt sich offen zum Sozialismus und Cormolly und andere Führer der Transportarbeiter spielen eine hervorragende Rolle in der noch jungen irischen sozialistischen Partei (der irischen Independent Labour Party). Die beiden Auffassungen kommen auch gemischt vor. So in dem Organ des Scharfmachers Murphy, dem „Irish Independent", der bei starker Unterstützung der Hierarchie den populären Nationalismus predigt, ohne den kein Geschäft zu machen ist. Hier sind einige Sätze aus dem heutigen Leitartikel des Blattes:

„Herr Keir Hardie kam nach Dublin, um die Politik eines sozialdemokratischen Genossen zu rechtfertigen und die Motive seiner Agitation zu bekennen. Herr Larkin ist ein Helfershelfer, wenn nicht gar ein gekaufter Emissär der britischen Sozialisten, und seine Rolle als Arbeiterführer war ein schlecht sitzendes Mäntelchen für seine wahren Absichten .... Die Machinationen der Larkinclique sind schuld daran, daß zurzeit wenigstens 3000 Arbeiter in dieser Stadt arbeitslos sind und daß wahrscheinlich innerhalb der nächsten paar Tage noch mehrere Tausend ihre Beschäftigung verlieren werden. Doch wie groß auch die Strafe dafür, daß wir den Larkinismus so lange gelitten haben, sein mag, wir raten der Stadt, sich lieber jetzt auf das Schlimmste vorzubereiten, als in der Zukunft das Joch einer gemeinsamen und brutalen Despotie zu ertragen."

Diese Sätze zeigen, was in Dublin die Glocke geschlagen hat.

Was ist nun die vermaledeite Transportarbeitergewerkschaft in Wirklichkeit?

Zunächst muß man sich vergegenwärtigen, daß Irland stets in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ein Menschenalter hinter England einherhumpelt. Die Armut der Bevölkerung ist weltbekannt. Lebenshaltung und Löhne der Arbeiter sind weit niedriger als in der Schwesterinsel. Es gibt in Dublin erwachsene Arbeiter, die nicht mehr als 15 bis 17 Schilling die Woche verdienen. 20 000 Dubliner Arbeiterfamilien haben nur einen Wohnraum zur Verfügung. Also etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt in Verhältnissen, die ein vernünftiger Landwirt für sein Vieh als zu schlecht befinden würde, und zwar in elenden Spelunken, die denen gleichen, die vor einigen Tagen plötzlich einstürzten und 7 Personen unter ihren Trümmern begruben. Der kleinbürgerliche nationalistische Gemeinderat Dublins bezeugt kein Interesse für diese Massenarmut. Die Interessen der Hauspaschas sind ihm wichtiger. So erklärt die Besitzerin der beiden eingestürzten Spelunken, daß erst vor kurzem die Häuser repariert und von der städtischen Behörde als — bewohnungsfähig befunden wurden. In jedem einzelnen Zimmer dieser Baracke lebte eine Familie von 4 bis 6 Köpfen. Die gewerkschaftliche Organisation war bis vor einigen Jahren im allgemeinen auf die gelernten Arbeiter beschränkt, deren kleine Organisationen von den engen Gesichtspunkten der alten englischen Gewerkschaften aus geleitet wurden. Streikten im Baugewerbe z. B. die Maurer, so arbeiteten die Zimmerleute ruhig weiter. Und die Hilfsarbeiter? Nun, die konnten zusehen, wo sie mittlerweile blieben. Diese mißlichen gewerkschaftlichen Verhältnisse haben sich seit der Gründung der irischen Transportarbeitergewerkschaft sehr wesentlich geändert. Das schnelle Anwachsen dieser Bewegung der vorwiegend ungelernten Arbeiter ist nichts Zufälliges. Ganz falsch ist es, den Umschwung auf die „Treibereien" des böswilligen Jim Larkin zurückzuführen, wie es die Bourgeois tun. Begünstigt wurde die Entwicklung vor allen Dingen durch die vorläufige Lösung der irischen Landfrage, die das ganze Denken und Trachten der letzten Generation in Anspruch nahm. Ferner hat die mächtige gewerkschaftliche Entwicklung Englands in den letzten Jahren eine starke Rückwirkung auf Irland ausgeübt.

Wie von der englischen Bewegung behauptet wurde, so wird auch jetzt von der irischen gesagt, daß sie einen revolutionären syndikalistischen Charakter trage. Was sind nun die Tatsachen?

Die irische Transportarbeitergewerkschaft hat in den letzten Jahren (seit 1908) alle Kategorien Transportarbeiter und die von den älteren Spezialgewerkschaften vernachlässigten Hilfsarbeiter organisiert. Auch unter den Landarbeitern hat sie erfolgreich gewirkt. Überhaupt hat sie ihr Wirkungsfeld unter der großen Masse der (ungelernten) Arbeiter, die im englischen als „labourers" bezeichnet werden. Innerhalb der Gewerkschaft bestehen verschiedene Sektionen: die Sektion der Fuhrleute, Bauhilfsarbeiter, Straßenbahner usw. Alle Gelder fließen in eine Zentralkasse und der Zentralvorstand beschließt die einzuleitenden Aktionen. Der Beitrag beläuft sich auf 3 Pence die Woche. Dafür wird Streikgeld und Unterstützung bei Aussperrungen bezahlt und die Angehörigen eines verstorbenen Mitgliedes erhalten ein Sterbegeld von 6 Pfund Sterling (1 Pfd. Sterling à 20 Schilling à 12 Pence = 20,40 Mk.); stirbt die Frau eines Mitgliedes, so erhält dieses 3 Pfund Sterbegeld. Die Gewerkschaft hat auch eine dem Versicherungsgesetz unterstehende Krankenkasse gegründet, der etwa 16 000 ihrer Mitglieder angehören. Diese Tatsache allein zeigt, daß es sich nicht um eine pilzartig in die Höhe geschossene Organisation handelt, die wenig lebensfähig ist, sondern daß die Leiter bemüht sind, die Organisation fest zu verankern. In anderen Teilen Irlands haben die katholischen Priester die Organisation von staatlichen Krankenkassen übernommen, um dadurch ihre Macht zu verstärken. Die Organisation sucht nicht allein die Lage ihrer Mitglieder durch Lohnkämpfe zu heben, sondern kommt auch den streikenden gelernten Berufen zu Hilfe, indem sie den Transport der Waren der bestreikten Betriebe zu verhindern sucht oder derartige Waren boykottiert und auch den bestreikten Betrieben ihre Mitglieder entzieht. Durch diese Taktik hat sie sich die Sympathien der gelernten Berufe erworben, die zuerst die neue Gewerkschaft mit Mißtrauen ansahen. Heute ist es das Dubliner Gewerkschaftskartell, wo die Vertreter der alten kleinen Gewerkschaften vorherrschend sind, das am energischsten für die Transportarbeiter eintritt. Die Transportarbeitergewerkschaft hat jetzt gegen 50 000 Mitglieder in Irland (davon 20 000 in Dublin) und ist numerisch die stärkste Organisation des Landes. Sie hat 7—8000 Pfund Sterling in der Kasse. Ihre gewerkschaftlichen Erfolge sind nicht unbedeutend. In den Selterwasserfabriken hat sie den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5—7 Schilling die Woche verschafft. In diesem Jahre noch gelang es ihr, den Lohn der Dubliner Dockarbeiter von 27 auf 30 Schilling die Woche zu erhöhen. In der Grafschaft Dublin hat sie in diesem Sommer 2—3000 Landarbeitern, den schlechtestbezahlten Arbeitern im vereinigten Königreich, eine Lohnzulage von 3 Schilling die Woche verschafft. Diese und ähnliche Erfolge haben dazu beigetragen, daß die proletarischen Massen der irischen Hauptstadt, die jetzt einen Stützpunkt gefunden haben, den Kopf etwas höher halten und nicht mehr geduldig die gewohnte Behandlung und das Elend ertragen, von dem ihnen der Priester erst später im Himmel Erlösung verspricht.

Dies ist den Unternehmern gewiß nicht angenehm. Sie können sich an die neue Situation — an das Arbeiten mit Arbeitern die zum Bewußtsein ihrer Würde erwachen — nicht gewöhnen. Sie zetern über Insubordination, über Kontraktbruch und Sympathiestreik. Es ist leicht möglich, daß bei diejer jungen Organisation mit temperamentvollen Führern manchmal über die Schnur gehauen worden ist. Aber jetzt, da die Führer im Gefängnis sitzen und sich nicht verteidigen können, ist wirklich nicht die Zeit da, um diese Vorwände der Unternehmer auf ihre Stichhaltigkeit hin zu prüfen. Eines geht aus der verwickelten Situation jedoch klar hervor: Die

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Zwischen elf und zwölf Uhr vormittags waren die regelmäßigen Sprechstunden des Direktors in der Fabrik, und Schlag elf Uhr stand Haltmann in dessen Vorzimmer und ließ sich melden. Er hatte die spöttischen Blicke des Portiers und des Dieners, mit denen ihn diese bei seinem Eintritt gemustert hatten, wohl bemerkt; aber erhielt es für gut, sie zu ignorieren. Nach einigen Augenblicken kam der Diener aus dem Sprechzimmer des Direktors wieder heraus:

„Der Herr Direktor läßt bedauern — er habe augenblicklich keine Zeit!"

Haltmann war nicht gewillt, sich so kurz abfertigen zu lassen.

„Wann ist dem Herrn Direktor mein Besuch genehm?" fragte er.

Der Diener zuckte die Achseln.

„Davon hat der Herr Direktor nichts gesagt."

„So fragen Sie ihn, bitte!"

Der Diener warf einen mürrischen Blick auf den jungen Mann und verschwand dann im Zimmer des Direktors. Gleich darauf kam er wieder.

„Ob die Sache denn so eilig wäre, läßt der Herr Direktor fragen!"

„Leider, sehr eilig!"

Wieder ging der Diener hinein, um sofort zurückzukehren.

„Der Herr Direktor läßt bitten!"

„Also doch!" dachte Haltmann und trat ein. Der Direktor saß an seinem Arbeitstisch.

„Sie wünschen mich in einer dringenden Sache zu sprechen?" fragte er kühl.

„Jawohl, ich bat darum, Herr Direktor!"

„Bitte, worum handelt es sich?"

„Um die Frage, ob ich meine Stellung hier wieder einnehmen darf?"

Der Direktor machte eine abwehrende Bewegung.

„Unmöglich!" sagte er fast heftig. „Ganz unmöglich!"

„Ich war vollständig unschuldig, Herr Direktor —"

„Nun, ich habe gehört, daß man Sie nur wegen Mangels an Beweisen habe freilassen müssen —"

„Es ist nachgewiesen, daß das Geld, das man bei mir gefunden, mein rechtmäßiges Eigentum war — ich habe es soeben unbeanstandet aus der Gerichtskasse zurückerhalten!"

„Nun ja, wenn das auch der Fall ist — Sie werden doch begreifen, daß damit noch nicht Ihre Unschuld erwiesen ist! Die Unmöglichkeit, jemand eines Verbrechens zu überführen, ist doch nicht gleichzustellen mit seiner Unschuld! Es steht doch fest, daß Sie zu der kritischen Zeit in der Villa gewesen sind! Was taten Sie da?"

„Ich fühlte mich von der tiefen Stille des Winterabends in dem schönen Park angezogen, und darum schritt ich hinein. In der Villa selbst bin ich nicht gewesen."

Der Direktor zuckte die Achseln.

„Mein Gott, ja, es ist freilich eine traurige Geschichte, wenn einer bei einer solchen fatalen Sache verdächtigt wird! Da bleibt immer etwas hängen. Weisen Sie mir nach, daß Sie unschuldig sind —"

„Wie soll ich das können, Herr Direktor? Man nimmt doch nicht auf Schritt und Tritt einen Begleiter mit sich. Wie soll ich da nachweisen können, daß ich nicht in der Villa war?"

„Leicht ist das freilich nicht, aber — der Verdacht lastet auf Ihnen! Nun kommt aber noch dazu, daß durch Ihre Verhaftung Ihre Vorbestrafung bekannt geworden ist; das ganze Haus spricht jetzt davon, und in der Stadt lacht man mich aus, daß ich Sie angestellt habe."

Tiefernst klang Haltmanns Entgegnung:

„Haben Sie jemals eine Klage über mich gehabt, Herr Direktor?"

Der Direktor schüttelte den Kopf.

„Nein, gewiß nicht! Sie waren ja allerdings nur erst sehr kurze Zeit hier."

„Trotzdem wollen Sie es nicht weiter mit mir versuchen?"

Der Direktor sann einen Augenblick nach. Er war offenbar in einiger Verlegenheit.

„Warten Sie einen Augenblick!" sagte er dann. Er klingelte. Der Diener erschien.

„Ist Herr Hoffmann da?" fragte der Direktor.

„Jawohl!"

Der Direktor erhob sich, bat Haltmann, Platz zu nehmen, und sagte, daß er in kurzem zurück sein werde. Dann entfernte er sich.

Haltmann kannte Herrn Hoffmann gut; er war der Vorsteher der Abteilung, in der er bisher beschäftigt war. Er kannte ihn als einen kleinlichen, engherzigen Mann, trocken und ohne jede eigene Meinung, und er hatte deshalb wenig Hoffnung, daß der Direktor diesen für seine Wiederanstellung günstig stimmen werde. Halbe Ewigkeiten dünkten ihn die Minuten, bis der Direktor endlich wiederkehrte.

Mit dem feinen Instinkt des Unglücks erkannte Karl Haltmann sofort, daß keine Aussicht für ihn vorhanden war, und er fühlte genau, daß alles, was der Direktor sagte, so schön es auch klang, doch nur eine feinere Form für das harte „Ich kann nicht!" war.

„Ich habe mit Herrn Hoffmann gesprochen," begann er, „aber dieser meint, daß sämtliche Beamten sich dagegen sträuben würden, weiter mit Ihnen zusammen zu arbeiten. Was soll man da machen? Ich kann doch unmöglich Ihretwegen einen Konflikt unter meinen Beamten heraufbeschwören — ich will mal sehen, was sich noch tun läßt! Kommen Sie morgen um diese Zeit noch einmal her!"

Als er gegen ein Uhr in das Hotel zurückkehrte, übergab ihm der Portier einen Brief.

Haltmann wollte ihn ungelesen zerreißen, wußte er doch im voraus, was darin stand. Schließlich öffnete er ihn und las:

„Herrn Karl Haltmann, hier. Wir bedauern, von Ihrer Wiedereinstellung absehen zu müssen.

Achtungsvoll Die Direktion.

Er zerknitterte den Brief in der geballten Faust und ließ ihn dann langsam, in tausend Fetzen zerrissen, in den Papierkorb sinken.

In seinem Zimmer oben warf er sich auf das Sofa. Was nun beginnen? Er kam nicht weit in seinen Gedanken, denn soeben trat nach kurzem Klopfen der Portier ein und übergab ihm zwei Briefe. Schweigend entfernte er sich wieder.

Heftig hatte Haltmann zugegriffen. Der eine Brief trug auf dem Umschlag die Firma des Hotels. Ihn öffnete er zuerst und las:

„Herrn Karl Haltmann, hier. Indem wir um gefällige Begleichung der Rechnung bitten, teilen wir Ihnen mit, daß Ihr Zimmer bereits vergeben ist.

Hochachtungsvoll

Die Direktion des Hotels zum Adler."

Mit fliegenden Fingern öffnete er das zweite Schreiben:

„Herrn Karl Haltmann, hier. Sie werden hierdurch aufgefordert, zum Zwecke einer Eröffnung in der Polizeiverwaltung vor dem unterzeichneten Polizeikommissar, Zimmer 4, heute nachmittag drei Uhr persönlich zu erscheinen.

Moll,

Polizeikommissar."

Haltmann war vom Sofa aufgesprungen. Er klingelte. Ein Kellner erschien. Es zuckte Haltmann in der Hand, als er das herausfordernd lächelnde Gesicht vor sich sah.

„Bringen Sie mir meine Rechnung," bat er.

Schon eine Minute darauf hatte er sie in Händen, und zwar mit voller Quittung.

Und wieder sah er den lauernden Blick des Kellners auf sich gerichtet. Er bezahlte den Betrag. Dann trat er dicht vor den Kellner hin und fragte:

„Nehmen Sie Trinkgeld?"

Der Angeredete machte eine tiefe Verneigung.

Unternehmer wollen den Arbeitern diktieren, zu welcher Gewerkschaft sie gehören dürfen. Man kennt diese Sorte Gewerkschaften, die sie ans Herz drücken. Für die Straßenbahner hat man schon eine gelbe Organisation gegründet. Und wer hat sie gegründet? — Herr Nugent, der Sekretär des „Ancient Order of Hibernians", die rechte Hand des nationalistischen Parlamentsmitglied Deolin, der ein echter Demokrat und Kämpe der irischen Arbeiter sein will!

Man richtet sich zurzeit auf einen harten Kampf ein. Der Oberbürgermeister hat versucht, vermittelnd einzugreifen. Aber seine Haltung wie die der nationalistischen Parlamentsmitglieder und der nationalistischen Stadtverordneten ist sehr schwächlich. Sie wagen es nicht, dem anmaßenden Unternehmertum ein Härchen zu krümmen, und der Arbeiterschaft gegenüber kommen sie nicht über wohlklingende Plattheiten hinaus. Man kennt die Motive dieses Eiertanzes; jeder Arbeiter der Stadt kann einen darüber aufklären! Im Januar müssen sich Oberbürgermeister und eine Anzahl Stadtverordneten der Neuwahl unterziehen, und die irische Arbeiterpartei rüstet schon seit Wochen grimmig zum Wahlkampf. Weshalb hat der Oberbürgermeister nicht letzten Sonntag die Proklamation des englischen Statthalters, die die Versammlung in der O'Connel Street verbot, mit einer Gegenproklamation beantwortet? fragen sich die proletarischen Bürger Dublins. —Ob er bis zum Januar ein Antwort finden wird?

Weitere Straßentumulte sind nicht zu erwarten. Die Arbeiter hoffen zuversichtlich auf den endgültigen Sieg ihrer Sache. Das Bewußtsein, daß ihnen ihre Brüder in England zu Hilfe kommen werden, hat die Gemüter beruhigt, die vorher sehr geneigt waren, den uniformierten Rowdies die brutalen Ueberfälle der wehrlosen und ordentlichen Volksmassen heimzuzahlen. Und die Polizisten und Gendarmen haben Angst bekommen. Sie haben ihre Knüppel auf zu viele Köpfe aus den „besseren" Kreisen niedersausen lassen, die jetzt wutschnaubend die Bestrafung der Schuldigen verlangen.

Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In Gent trat am 5. September die erste Generalversammlung der 1910 in Paris gegründeten Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammen. Es waren etwa 400 Delegierte anwesend: darunter die Vertreter von 53 Staaten. Sogar Rußland, Rumänien und Tunis waren vertreten. Die deutsche Regierung fand aber, daß die Kompottschüssel für die Arbeiter voll ist und sie ignorierte diese Tagung, die eine Reihe höchst wichtiger Fragen hinsichtlich der gerade jetzt in Deutschland recht fühlbaren Arbeitslosennot behandelt. Die Hauptpunkte der Tagesordnung waren die Arbeitsnachweisfrage, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Verschiebung der öffentlichen Arbeiten, die Arbeitslosenversicherung und die Wanderarbeiterfrage. Diese Gegenstände sind von den einzelnen Staaten besonders untersucht worden und die Berichte darüber bilden ein überaus umfangreiches Drucksachen-Material.

Die Arbeitsnachweisfrage, die als erster Gegenstand behandelt wurde, war in einem Generalbericht der beiden Deutschen Dr. Freund und Dr. Zacher zusammengefaßt. Die beiden Berichterstatter schlugen der Generalversammlung vor, ihre Stellung dazu in einer Resolution festzulegen, deren positiver Teil folgende Forderungen enthält:

1. Systematische Organisierung der öffentlichen Arbeitsnachweise mit territorialer Gliederung (Orts-, Bezirks- und Landes-Arbeitsnachweise) unter Berücksichtigung der beruflichen Interessen (Berufslisten, Fachabteilungen);

2. Einheitliche Technik in der Geschäftsführung bei Verwertung aller modernen Verkehrsmittel (Telegraph, Telephon, Post, Eisenbahn);

3. Völlige Unparteilichkeit bei der Stellenvermittlung und der Verwaltung;

4. Grundsätzliche Gebührenfreiheit mindestens für Arbeiter;

5. Planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes einschließlich der Arbeiterwanderungen (nach einheitlichen Grundsätzen unter Leitung der Zentrale; fortlaufende Arbeitsmarkt-Statistik);

6. Kosten zu Lasten der Gemeinden (für Ortsarbeitsnachweise), der Bezirke (für Bezirksarbeitsnachweise) und des Staates (für die Zentrale und für etwaige Subventionen).

In der Diskussion legte Dr. Freund den Begriff der Neutralität des Arbeitsnachweises so aus, daß der Arbeitsnachweis auch in Fällen von Streiks und Aussperrungen weiter zu arbeiten hätte. — Genosse Umbreit wandte sich gegen die Auffassung des Dr. Freund. Das sei nicht die Neutralität, die die deutschen Arbeiter verstehen. Den deutschen Arbeitern, namentlich denen im Holz- und im Buchgewerbe stünden heute schon Arbeitsnachweis-Einrichtungen zur Verfügung, die auf paritätischer Grundlage errichtet und tariflich gesichert sind, die aber in Fällen von Streiks und Aussperrungen ihre Tätigkeit einstellen. Wenn man eine einheitliche oder wenigstens lückenlose Organisation der Arbeitsnachweise wolle, so müsse dafür gesorgt werden, daß diese Arbeitsnachweise innerhalb des ganzen Netzes genügend Bewegungsfreiheit behalten und daß ihre Auffassung von Neutralität beachtet wird. Wenn man diesem Resultat der Entwicklung des fachlichen Arbeitsnachweises in Deutschland keine Berücksichtigung schenke, würde man diese Nachweise außerhalb der gemeinsamen Organisation stellen.

Die Ausführungen des Gen. Umbreit bewirkten, daß eine Beschlußfassung vertagt wurde.

Sodann wurde in die Behandlung der Frage eingetreten, inwieweit man durch systematische Verteilung und Verschiebung der öffentlichen Arbeiten auf den Arbeitsmarkt einwirken könne. Der Generalberichterstatter Dr. Treub (der neue holländische Minister) war nicht erschienen. Er hat der Generalversammlung eine Entschließung empfohlen, die im wesentlichen darauf hinausläuft, in Gemeinden, Bezirken und Staaten dahin zu wirken, daß die notwendigen und anerkannten Arbeiten so vorbereitet und in Auftrag gegeben werden, daß die Zeit der guten Konjunktur entlastet und damit das Hetztempo in der Produktion, die Überstunden usw. eingeschränkt werden und dafür in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs und weiter hinaus in der Zeit der Krise neue Arbeitsgelegenheit und eine höhere Nachfrage nach Arbeitskräften erzeugt wird. Die Finanzgesetze sollen genügend weitherzig gehalten sein, um den Verwaltungsbehörden zu gestatten, Reservefonds für die Ausführung von nicht dringlichen Arbeiten und Lieferungen in Krisen- und Depressionsjahren anzulegen. — Diese Leitsätze wurden nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen und dann die Sitzung auf Sonnabend vertagt.

Aus der Partei.

Preßprozeß. Wegen angeblicher Beleidigung eines Lehrers wurde der verantwortliche Redakteur des Zeitzer „Volksboten", Genosse Blechschmidt, zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Für den abwesenden Amtsanwalt amtierte ein Polizeisekretär, der frischweg 3 Monate Gefängnis beantragte, obwohl der Angeklagte beweisen konnte, daß die unter Anklage stehende Notiz ohne sein Wissen veröffentlicht wurde.

Gewerkschaftsbewegung.

Die liberalen Arbeiter, die im vorigen Jahre mit den liberalen Angestellten einen neuen Reichsverein gegründet haben, freuten sich auf ihrer Delegiertenversammlung in Halle am Sonnabend sehr, daß sie es schon auf fast 3500 Mitglieder gebracht haben. Der Jahresbeitrag beträgt 3,60 Mk., welche Leistung von Dr. Wiemer als herrliches Beispiel für die nichtzahlenwollenden Fortschrittsbürger gefeiert wurde. Sehr bitter wurde darüber geklagt, daß die Fortschrittliche Volkspartei Arbeiter gar nicht oder höchstens in aussichtslosen Wahlkreisen als Kandidaten aufstelle, obgleich ein Arbeiter an Dr. Mugdans Stelle Görlitz-Lauban angeblich nicht an die Sozialdemokraten verloren haben würde. Dr. Wiemer versicherte, man werde alles Mögliche tun, aber vorerst müßte untersucht werden, ob die Parteistatuten geändert werden könnten. Im übrigen sprach man sich für freie Arztwahl, Schutz des Koalitionsrechts und — Ferienreisesparklubs aus.

Der Boykott gegen die Karlsruher Wurstfabriken Heusel und Gartner wird von der Arbeiterschaft gut durchgeführt. Seit zwei Tagen haben die ausgesperrten Metzgergehilfen eine Verkaufsstelle eingerichtet, die einen enormen Absatz zu verzeichnen hat. Weitere Verkaufsstellen sollen, wenn die beiden Unternehmer es nicht vorziehen, auf Unterhandlungen einzugehen, in den nächsten Tagen eröffnet werden. Einstweilen versuchen die beiden Unternehmer, ihre Waren auf dem Umwege über die Kleinmetzger ans Publikum zu bringen, was aber nur teilweise gelingt. Der Schaden der beiden Firmen beträgt schon jetzt das Vielfache dessen, was sie zur Befriedigung der Forderungen der Arbeiter hätten aufwenden müssen.

Eine christliche Niederlage. Ein heftiger Kampf wurde in Köln bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse geführt. Er ergab für die freien Gewerkschaften 6752 Stimmen und 21 Vertreter und für die christlich nationalen Arbeiter- und Frauenvereine 6252 Stimmen und 19 Vertreter. Damit ist die Herrschaft der Christlichen in der Kölner Allgemeinen Ortskrankenkasse zunichte gemacht worden. Die christlichen Gewerkschaften hatten sich zu Bundesgenossen alles herangeholt, was nur irgendwie mit der Angst vor der Sozialdemokratie zu schrecken war; sie hatten sich vor allem auf die weiblichen Wähler und die vielen kaufmännischen Angestelltenvereine verlassen, deren große Menge sozial noch so ungeschult ist, daß sie sich willig von ihrem schlimmsten Feinde einfangen ließ. Sogar die Nonnen in den Krankenhäusern eilten scharenweise zur Wahl, um die schwarze Fahne zu schützen. Alle Machenschaften sind indes erfolglos geblieben. Im christlichen Lager herrscht angesichts der großen Anstrengungen Niedergeschlagenheit.

Die Streikkasse der Scharfmacher. Die aus der Hauptstelle und dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände erstandene Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat eine deutsche Streikentschädigungsgesellschaft ins Leben gerufen, die von jedem Mitglied einen Jahresbeitrag von 1 Mk. pro 1000 Mk. der an die beschäftigten Arbeiter gezahlten Lohnsumme und ein Eintrittsgeld von 0,25 Mark pro 1000 Mk. derselben Lohnsumme erhebt; kein Mitglied ist zu irgend welchem Nachschuß heranzuziehen. Die Streikentschädigung beträgt 25 Proz. des auf die streikenden Arbeiter entfallenden durchschnittlichen Lohnes. Bei Aussperrungen werden 25 Proz. geleistet, wenn die Zahl der Ausgesperrten bei einer einzelnen Firma nicht mehr als 300 beträgt, bei 300—600 Ausgesperrten sollen 20 Proz. und bei über 600 Ausgesperrten 15 Proz. bewilligt werden. Zur Vermeidung von Zahlungsunfähigkeit oder Nachzahlungen ist Kürzung der Entschädigungen zulässig, jedoch ist nach einer in Unternehmerkreisen verbreiteten Werbeschrift für diese Kasse die Gesellschaft „unter Aufrechterhaltung eines gesunden Vermögensbestandes" ihren Verpflichtungen bis zur vollen Höhe der angegebenen Prozentsätze nachgekommen. Die Rückversicherung der Streikentschädigungsgesellschaft bei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wird als eine Garantie bezeichnet, die anderen freiarbeitenden Streikversicherungsunternehmungen vollständig fehlen. In der Werbeschrift wird die unbedingte Unterordnung der Streikversicherungsgesellschaft unter das Gebot der Scharfmacher proklamiert, da sonst vom reinen Versicherungsstandpunkt eine Neigung zur friedlichen Verständigung mit der — natürlich unberechtigte und herrische Forderungen stellenden — organisierten Arbeiterschaft und Konzessionen an die Gewerkschaften vorkommen könnten! Würde, so heißt es da, die Streikversicherung selbständig sein, so würde das Interesse der Industriellen wie der Oeffentlichkeit (!) an den sozialen Kämpfen, an dem Recht und Unrecht der Parteien bald erlahmen und der Vorteil könnte nur den Gewerkschaften zugute kommen! — Nach den Satzungen der Streikentschädigung erst nach vierwöchiger Karenzfrist gewährt, ausgetretenen Firmen kann bei Wiedereintritt die volle Nachzahlung der versäumten Beiträge auferlegt werden. Der Austritt muß sechs Monate vorher angekündigt werden. Die Statuten beweisen auch sonst, daß man es hier mit einer streng zentral organisierten

---

„Auch von jemand, der bestraft gewesen ist?"

Der Kellner lächelte.

„Der Polizeibeamte, der vorhin den Brief von der Polizei brachte, hat uns ja so etwas von Ihnen gesagt — aber das glauben wir nicht — wir —

„Schon gut! Nehmen Sie ein Trinkgeld von mir an, frage ich?"

„Warum nicht, Herr Haltmann? Wir sind ja darauf angewiesen —"

Haltmann nahm ein Geldstück und warf es, von Ekel erfüllt, auf den Tisch.

„Nehmen Sie! Zu gleichen Teilen für Sie, den Portier und das Zimmermädchen!"

Der Kellner griff nach dem Gelde.

„Meinen allergehorsamsten Dank!"

Haltmann drehte ihm verächtlich den Rücken. Als er hörte, daß der Kellner die Tür von außen zugemacht hatte, atmete er tief auf.

Er zog den Ueberrock an, setzte den Hut auf und ging hinunter. Mit tief abgezogener Mütze kam ihm der Portier entgegen.

„Ich lasse mein Gepäck nachher abholen!"

Der Liftjunge eilte vor ihm her und öffnete ihm mit tiefer Verbeugung die große Glastür, die ins Freie führte.

Langsam schlenderte er durch die beschneiten Straßen. Es war noch zu früh, um zur Polizei zu gehen, und so blieb er bald hier, bald da vor einem Schaufenster stehen und betrachtete die Auslagen. Aber er wußte kaum, was er eigentlich sah. Seine Gedanken eilten in rasender Flucht von einem zum andern: von der Fabrik und ihren Beamten zu dem Staatsanwalt und dem Amtsrichter, von dem Hotelpersonal zu dem Kriminalbeamten, den er gestern am Bahnhof gesehen, von dem Fabrikdirektor zu Doktor Graßner, bis endlich klar und rein aus dieser Flut von Gedanken sich ein helles, trautes Bild abhob: Marie Sanders.

Er ging zum Telegraphenamt und gab ein Telegramm an sie auf:

„Treffe Mai Uhr dreißig ein. Hier alles zu Ende. Werde Sie im Wartesaal dort erwarten. Haltmann."

Er wußte; sie würde kommen. Und bei dem Gedanken, sie wiederzusehen, ihr in das schöne, liebe Antlitz blicken zu können, fühlte er sich aller Sorgen entlastet; ein dankbares Gefühl strömte ihm durch das Herz, er wußte nicht, bedeutete es Glück oder bedeutete es neues Leid — er wußte in diesem Augenblick nur das eine, daß er Marie Sanders liebte. Und nun, da, wie in einer plötzlichen Erleichtung, die Gewißheit dieses Gefühls über ihn gekommen war, hörte wie mit einem Schlage aller Zwiespalt in seinem Innern auf; er wußte, er konnte nur noch eins: sich dieses Mädchens würdig zu zeigen.

Schlag drei Uhr stand er im Zimmer Nr. 4 der städtischen Polizeiverwaltung. Man fragte nach seinem Begehr. Er zeigte die Ladung vor.

„Ach so," sagte der Beamte, nachdem er einen Blick hineingetan. „Sie sollen ausgewiesen werden, da Sie stellenlos sind!"

„Die ungerechte Verhaftung hat mich erst stellenlos gemacht! Wo ist der Herr Kommissar?"

„Er ist noch nicht hier! Nehmen Sie einstweilen Platz!"

Haltmann rührte sich nicht vom Fleck.

„Ich bin auf drei Uhr geladen!" sagte er ruhig.

„Na ja, der Herr Kommissar kommt aber nicht so pünktlich. Der Herr Kommissar kommt manchmal erst nach vier Uhr — warten Sie doch ruhig ab. Sie haben ja doch nichts zu tun!"

„Ich werde eine Viertelstunde warten!"

Der Beamte sah ihn von oben bis unten an; solch eine Haltung gegenüber dem Herrn Kommissar war ihm noch nicht vorgekommen.

„Ich werde," entgegnete er, „dem Herrn Kommissar telephonieren und ihm sagen, daß Sie da sind!"

Ein kurzes Gespräch entspann sich am Telephon; dann wandte er sich wieder an Haltmann und sagte ihm:

„Der Herr Kommissar läßt sagen, daß Sie doch wohl Zeit genug hätten, ein wenig zu warten. Der Herr Kommissar hat soeben erst gespeist und wird in etwa einer halben Stunde hier sein —"

„Sagen Sie dem Herrn Kommissar, daß ich keine Zeit habe, und daß etwaige Berichte der Polizeibehörde mich per Adresse Herrn Rechtsanwalt Doktor Graßner in der Hauptstadt erreichen."

Und ehe der Beamte sich von der Sprachlosigkeit, die ihn befallen hatte, erholen konnte, war Haltmann hinausgegangen.

Ganz allmählich erst kam der Beamte zu sich.

„Na, das ist ja ein sauberes Früchtchen! Der Herr Kommissar läßt sich förmlich bei ihm entschuldigen, und der Kerl kümmert sich mit keiner Silbe um die Güte des Herrn Kommissars. Na warte, Bürschchen, der Herr Kommissar wird dir schon zeigen, was ein königlicher Beamter für eine Macht hat."

Nicht lange nach dieser Unterredung saß Haltmann im Eisenbahnwagen und fuhr der Residenz entgegen. Er hatte alle seine Angelegenheiten erledigt, seinen Koffer gepackt und bei einem Spediteur eingestellt — und nun fort von hier, wo ihm der Boden unter den Füßen brannte.

Am Bahnhof hatte er sich nach allen Richtungen umgesehen, ob er nicht etwa wieder einen Polizeibeamten erblicke, der ihn beobachtete. Aber es war niemand zu sehen; unbehindert und unbehelligt stieg er in den Zug ein, der ihn davonführte.

Aus der Flut all der Gedanken aber, die auf ihn einstürmten, stieg wieder ein herbes, stolzes Mädchenantlitz, das ihn freundlich anlächelte, und diesem fuhr er jetzt entgegen. Wenn er nur erst wieder in die seltsamen, grundtiefen Augen sehen könnte, dann mußte ihm Kummer und Leid zerrinnen wie der Schnee vor der Frühlingssonne. Und handelte er auch wider das Polizeigebot, beging er auch einen Bannbruch was tat's! Es galt ja das Wiedersehen mit ihr, der alle seine Pulse entgegenschlugen. —

Endlich lief der Zug in der Hauptstadt ein. Er sah sich um — Marie war noch nicht da. Er wußte, daß sie erst um acht Uhr ihr Bureau verließ — so lange also würde er wohl warten müssen. Er überlegte eben, was er tun sollte, als plötzlich ein Kellner, der ihn sofort bei seinem Eintritt sorgfältig gemustert hatte, an ihn herantrat und ihn fragte:

„Verzeihen Sie, sind Sie Herr Haltmann?"

Erstaunt sah Haltmann den Sprecher an.

„Allerdings! Was haben Sie?"

„Es hat vorhin eine Dame, Fräulein Sanders, hierher telephoniert, hat ihren Anzug beschrieben und hat gebeten, wir möchten Ihnen, wenn wir Sie erkennen würden, sagen, daß Fräulein Sanders um sieben Uhr im Restaurant Kaiserhof sein würde; eher sei es ihr leider nicht möglich."

Haltmann drückte dem Kellner einige Nickel in die Hand, dann verließ er den Wartesaal.

„Wie aufmerksam, wie lieb von ihr! Es gibt doch noch kluge Leute!" dachte er. „Und sie ist die klügste von allen!"

Schon lange vor der bezeichneten Stunde fand er sich im Restaurant Kaiserhof ein und setzte sich in die Nähe des Eingangs. Der Zeiger an dem großen Zifferblatt über dem Büffett rückte aber gar zu langsam vor. Da entsann er sich, daß er heute im Drange der sich überstürzenden Ereignisse noch gar nicht einmal zu Mittag gegessen hatte. Er rief den Kellner und ließ sich die Speisekarte geben.

Dann plötzlich schob er sie schnell wieder zurück. Nein, noch warten, bis Marie kam. Sie würde sicher auch etwas essen wollen, und mit stillem Lächeln entsann er sich des gestrigen Beisammenseins zu zweien im Hotel zum Adler. Heute abend sollte sie sein Gast sein, wie er gestern der ihrige.

Jetzt war es sieben. Laut schlugen von draußen her die Turmuhren, und kaum war ihr Hallen verklungen, da wurde die Tür geöffnet, und Marie Sanders trat ein. Er eilte ihr entgegen und nahm ihr Jackett und Muff ab.

(Fortsetzung folgt.)

und scharf disziplinierten Vereinigung der Unternehmer gegen das Aufsteigen des deutschen Arbeitervolkes zu höherer Kultur zu tun hat. Arbeiter, lernt daraus!

Die Militärbauten nur für die christlichen Arbeiter. Zu der von uns kürzlich mitgeteilten Eingabe des Zentralverbandes christlicher Keram- und Steinarbeiter, Bezirk Würzburg, an die badische Regierung, bei den neuen Militärbauten den roten und gestreiften Sandstein der Würzburger Gegend zu berücksichtigen, weil die dortigen Arbeiter christlich organisiert, königstreu und vaterländisch gesinnt seien, auch dem Ansturme der Sozialdemokratie standgehalten hätten, ist jetzt zu berichten, daß anerkennenswerterweise die badische Regierung der Petition keine Folge gegeben hat. Sie erließ, unter Berücksichtigung früherer Petitionen des freien Steinarbeiterverbandes, Anweisung an die in Frage kommenden Instanzen: bei Arbeitsvergebungen die gesamte badische Industrie — nicht nur die Wertheimer Gegend — zu berücksichtigen. Somit wären also die Christlichen mit ihrem egoistischen Verlangen und ihrer überflüssigen Beteuerung, sich als Sturmbock gegen die antisemitische und vaterlandsfeindliche Sozialdemokratie gebrauchen zu lassen, gründlich abgefallen. Ihr Vorgehen war um so anmaßender, als in ihrem Verbändchen nur 522 und nicht nur lediglich Steinarbeiter — organisiert sind, während der Organisation des Zentralverbandes der Steinarbeiter in Baden 2484 Arbeiter angehören.

Soziales.

Arbeiterferien in der Metallindustrie. Vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist eine Schrift veröffentlicht worden, in der auf Grund einer statistischen Umfrage über die Einführung von Arbeiterferien in der Metallindustrie berichtet wird: Im Jahre 1912 wurden in 389 Betrieben Ferien an die Arbeiter gewährt; 34 257 Arbeiter kamen in den Genuß von Ferien (gegen 27 454 im Vorjahre). Die Bedingungen, unter denen Urlaub gewährt wurde, bestehen zumeist in einer gewissen Beschäftigungsdauer, manchmal auch in einem Mindestlebensalter, guter Führung, Fernbleiben von gewerkschaftlicher Organisation, Zugehörigkeit zu bestimmten Vereinen und dergl. mehr. Die Dauer des Urlaubs erstreckt sich bis auf 14 Tage. Die Bezahlung der Ferienzeit erfolgt in rund 61 Prozent nach Maßgabe des seitherigen Verdienstes der Beurlaubten, in den übrigen Betrieben nach dem Lohndurchschnitt im Betriebe oder auch wird eine Pauschale gewährt. Zuschüsse neben der Lohnfortzahlung gewährten 3,9 Prozent der Betriebe. Wenn auch die Gewährung von Ferien in der Metallindustrie im Zunehmen begriffen ist, so muß doch gesagt werden, daß bei dieser riesig großen Industrie nur ein sehr geringer Prozentsatz der Arbeiter in den Genuß der Ferien kommt. Bei der Auslese, die außerdem nach der Gesinnung der Arbeiter getroffen wird, ist die Gewährung von Ferien von vielen der in der Metallindustrie Beschäftigten außerdem eine besondere Begünstigung, für die übrigen davon ausgeschlossenen Arbeiter eine besondere Härte und Strafe. Wollten auch die Metallindustriellen den eigentlichen Zweck, der mit der Ferienbewilligung verbunden ist, erreichen, die Arbeiter mit neuer Lust und Liebe für ihre Tätigkeit zu erfüllen, so müßte die Bewilligung von Ferien viel allgemeiner eingeführt werden. Dem werden sich aber die Scharfmacher mit ihrem starken Einfluß stark widersetzen.

Städtische Mittel für Arbeiter zum Besuche der Leipziger Baufachausstellung. Die Stadtverwaltung Mannheim bewilligte für 19 freigewerkschaftliche und 3 christliche Bauarbeiter je 35 Mk. als Zuschuß zu einer Reise nach der Baufachausstellung in Leipzig. Ein städtischer Architekt wurde den Bauarbeitern als Führer durch die Ausstellung beigegeben.

Aus dem Lande der Geburtenbeschränkung.

Aus Paris wird der Parteipresse geschrieben:

Es hat uns nicht wenig überrascht, als wir in der deutschen Parteipresse lasen, daß in Berlin in Parteikreisen ernsthaft die Frage erwogen wird, ob die Einschränkung der Geburten nicht ein proletarisches Kampfmittel sein könne. Wir halten es deshalb für angebracht, kurz auf die Resultate hinzuweisen, die der Geburtenrückgang in Frankreich geschaffen hat.

Frankreich ist nicht nur das Land, wo seit mehr als einem Menschenalter die Geburten derart zurückgehen, daß ohne ein gleichzeitiges Sinken der Sterblichkeitsziffer und ohne die Einwanderung die Bevölkerungszahl nicht nur — wie es der Fall ist — stagnieren, sondern ständig zurückgehen würde. Daß die Bevölkerungszahl nicht sinkt, ist außer den angegebenen Ursachen lediglich dem Umstande zu danken, daß in einzelnen Landesteilen der Geburtenüberschuß sehr groß ist. Dagegen gibt es ganze Departements, die sich rapide entvölkern. Frankreich ist aber auch das Land, wo die Geburteneinschränkung — der sogenannte Neumalthusianismus — als Kampfmittel der Arbeiterklasse empfohlen wird, und zwar von den Syndikalisten. Wir müssen freilich der Genauigkeit halber hinzufügen, daß man in den syndikalistischen Kreisen von diesem „Kampfmittel" zurückzukommen beginnt — ebenso wie von der Sabotage, die als Kampfmittel der Geburteneinschränkung gleich zu bewerten ist.

Der Geburtenrückgang ist in Frankreich keine Erscheinung des proletarischen Milieus. Man könnte eher das Gegenteil sagen. Die Geburteneinschränkung der Reichen ist ja eine internationale Erscheinung. Sie fällt nicht ins Gewicht, weil die Zahl der Reichen verhältnismäßig gering ist. Das sogenannte Zweikindersystem ist in Wirklichkeit bäuerlichen Ursprungs und ist von da auf das übrige Kleinbürgertum übergesprungen, um zuletzt auch in den proletarischen Schichten Eingang zu finden. Der Ausdruck „Zweikindersystem" ist übrigens falsch. Es ist richtiger von einer systematischen Geburteneinschränkung — wobei die Abortivmittel eine ganz geringe Rolle spielen — zu sprechen.

Welches sind nun die wirtschaftlichen und politischen Folgeerscheinungen dieser Geburteneinschränkung? Auf die Ursachen brauchen wir nicht weiter einzugehen. Sie liegen auf der Hand. Es sind das hauptsächlich die große Zersplitterung des Bodens und die industrielle Stagnation.

Aber wenn wir sagen, daß die industrielle Stagnation eine Ursache der Geburteneinschränkung ist, so ist das nur zur Hälfte richtig. Denn hier greifen Ursache und Wirkung ineinander. Die relative Stagnierung der französischen Industrie ist teilweise auf das Fehlen von Arbeitskräften zurückzuführen. In Frankreich fehlt der bäuerliche Zuschuß auf dem Arbeitsmarkte zum großen Teile. Wenn die französische Industrie, die einst der deutschen weit voraus war, so ins Hintertreffen geraten ist, wenn es dadurch den Gewerkschaften viel schwerer möglich ist, bessere Arbeitsbedingungen und vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen — selbst in Paris ist der normale Arbeitstag noch zehn Stunden, sind kürzere Arbeitszeiten noch die Ausnahme —, so liegt das teilweise an dieser Geburteneinschränkung.

Es ist aber eine Lufthypothese, zu glauben, daß die Arbeitsbedingungen ständig besser werden, wenn ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist. Das Kapital ist international. Es sucht die Arbeitsmärkte auf, wo seine Rentabilität am besten gesichert ist und aufs höchste gesteigert wird. Und so haben wir in Frankreich als Folgeerscheinung des Geburtenrückgangs die Stagnierung der Industrie, die Auswanderung des Kapitals und die Importierung fremder Arbeitskräfte zu verzeichnen. Daß die Franzosen die Wucherer der Welt sind, daß die geldarmen Staaten sich vor allem nach Paris wenden, ist bekannt. Und so kam auch die widernatürliche russisch-französische Allianz zustande. Die französischen Banken leihen aber nicht nur den Staaten ihr Geld, sie legen ihr Geld auch in fremden Industrien an — nicht zuletzt in Deutschland — und machen damit der französischen Industrie die schwerste Konkurrenz. Dieser Hochverrat des französischen Kapitals ist oft in der französischen Partei- und Gewerkschaftspresse gebrandmarkt worden.

Schließlich hat der Geburtenrückgang in Frankreich einen wachsenden Import von Arbeitern erzeugt.

Die Apostel der Geburteneinschränkung werden vielleicht einwenden, daß dagegen gesetzliche Mittel helfen. Das ist ein großer Irrtum. Es gibt in Frankreich ein Gesetz, das die Zahl der in einem Betriebe beschäftigten ausländischen Arbeiter auf höchstens 10 Prozent der Gesamtzahl beschränkt. Dieses Gesetz wird einfach nicht angewendet, weil es nicht angewendet werden kann. Würde es angewendet, dann wäre es gleichbedeutend mit der Beseitigung ganzer Industrien. Die weltbekannte Pariser Modeindustrie, die Kürschnerei, die Bauindustrie, beschäftigen in der großen Mehrheit Ausländer. Während den belgischen Generalstreiks hat eine große Anzahl von Fabriken der Metall- und Textilindustrie des industriereichen nordischen Grenzgebiets, wo übrigens der Geburtenrückgang noch am schwächsten ist, den Betrieb einstellen müssen. — Schlimmer ist es noch in den neuerschlossenen Kohlenindustrien der Normandie und in dem Erzgebiet von Longwy, das an der luxemburgisch-deutschen Grenzecke gelegen ist. Hier sind die Mehrzahl der Arbeiter Italiener und zwar meist Süditaliener. Der Rest setzt sich aus Luxemburgern, Polen, Deutschen usw. zusammen. Die französischen Arbeiter machen kaum 10 Prozent der Gesamtzahl aus. In dem neuerschlossenen Kohlengebiet der Normandie, wo man jetzt auch mit der Ausbeutung der Eisenerzlager beginnt, hat man die Arbeiter noch weiter hergeholt. Griechen, Asiaten, Nordafrikaner bilden das Hauptkontigent. Wie es mit den Arbeitsbedingungen in diesen Gebieten bestellt ist, kann man sich leicht vorstellen. Die Löhne sind durchgehend erheblich niedriger als die der französischen Arbeiter. Das Trucksystem ist in hoher Blüte. Erleidet ein Arbeiter einen Unfall, wird er über die Grenze abgeschoben. Alle Versuche, die Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren, sind bisher gescheitert; denn dort herrscht der schwärzeste Unternehmerterror. Der französische Metallarbeiterverband hat dort vor einigen Jahren einen Sekretär angestellt, der sich der Organisationsarbeit widmen sollte. Der Mann wurde von der Polizei und den Gerichten wie ein wildes Tier gehetzt und schließlich zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Mit der politischen Bewegung steht es in dieser Industriegegend nicht besser. Es kam wohl trotz des ungeheuerlichen Unternehmerterrors verschiedentlich zu Ansätzen der Gewerkschaftsorganisation. Da waren es die Unternehmer, die Streiks organisierten, die dann mit Gendarmerie und Militär niedergeknüppelt wurden . . . . .

Auf die allgemeinen wirtschaftlichen Folgen der Geburteneinschränkung haben wir bereits hingewiesen. Nun noch ein Wort zu den politischen Folgen. Die russisch-französische Allianz als indirekte Folge haben wir bereits erwähnt. Daß die Verlängerung der Dienstzeit eine Folge der Geburteneinschränkung ist, weiß man. Aber dabei bleibt es nicht. Seit einigen Jahren wird eine gesetzliche Quacksalberei betrieben, die voraussichtlich bald unangenehme Folgeerscheinungen haben wird. Bisher hat man sich mit der Begünstigung kinderreicher Familien begnügt. Es mehren sich jedoch die Gesetzesvorschläge, die eine direkte und schwere Besteuerung der Unverheirateten und der kinderarmen Familien beantragen. Die Einführung der dreijährigen Dienstzeit wird aber der Industrie und der Landwirtschaft weitere 150 000 Arbeitskräfte entziehen. Die Heranziehung der weiblichen Arbeitskräfte und der Ausländer wird also weiter wachsen. Denn eine andere Folgeerscheinung der Geburtenverminderung ist die Heranziehung der verheirateten Frauen zur Erwerbstätigkeit, womit Frankreich an erster Stelle steht. Daß die Frauenarbeit preisdrückend wirkt, ist bekannt. Die jüngst abgehaltene französische Gewerkschaftskonferenz hat deshalb beschlossen, auf der nächsten internationalen Gewerkschaftskonferenz die Diskutierung der Frage der Einwanderung zu beantragen. Viel werden Beschlüsse dagegen nicht helfen, denn die Unternehmer holen sich ausländische Arbeiter mit Vorliebe aus den Ländern, wo die Gewerkschaften noch wenig entwickelt sind.

Wir resümieren uns also dahin: Die systematische Geburteneinschränkung hat in Frankreich teilweise die Entwicklung der Industrie behindert, hat damit den Gewerkschaftskampf erschwert, hat die Heranziehung der weiblichen und der ausländischen Arbeitskräfte gefördert, den Einfluß der Organisationen aus gewissen Industrien ausgeschaltet und hat schließlich politisch weittragende reaktionäre Folgeerscheinungen erzeugt.

Aus Nah und Fern.

Verbrannt. Die 68 Jahre alte Schneiderin Haberlandt in der Lützowstraße in Berlin ist bei einem Wohnungsbrande verbrannt.

Autostrolche. Ein unbekannter Ausflügler ist gestern auf Mariendorfer Gebiet auf der Lichtenrader Chaussee von einem sehr schnell fahrenden Automobil überfahren worden. Die Automobilisten hielten sofort an und schleppten den Besinnungslosen in das benachbarte Feld, um zu verhindern, daß er von Passanten unmittelbar darauf aufgefunden und so die Verfolgung schnell aufgenommen werden konnte. Vorübergehende wurden durch das Röcheln des Schwerverletzten aufmerksam und sorgten für ärztliche Hilfe. Die Automobilisten, die von Berlin kamen, konnten sich der Feststellung entziehen. Ein zweiter Fall gleicher Art wird gemeldet: Bei der Bahnstation Wutschdorf in der Nähe von Schwiebus wurde ein Mann von einem ohne Licht fahrenden Automobil überfahren und tödlich verletzt. Die Insassen legten ihn in einen Graben und fuhren davon. In Sternberg wurden sie ermittelt. Es handelt sich um einen Mann und eine Frau aus Berlin.

Vom Massenmörder Wagner. Aus Vaihingen wird gemeldet: Der Mörder Wagner gab in dem fortgesetzten Verhör schauerliche Angaben. Dabei stellte sich heraus, daß er eine weitere scheußliche Tat geplant hatte, wenn er nicht überwältigt worden wäre. Er hat nämlich auch den Ort Eglosheim bei Ludwigsburg, in dem sein Bruder als Klempnermeister wohnt, in Brand stecken wollen. Als er nach der Ermordung seiner Familie seinen Bruder besuchte und bei ihm speiste, besichtigte er die Räume des ganzen Hauses genau und ließ sich sämtliche Schlafstellen der Familie zeigen. In dem Stall seines Bruders vergrub er 300 Patronen, um sie später zu benutzen. Er sagte zu seinen Verwandten, er könne nachts spät eintreffen und ließ sich den Schlüssel herauslegen. Der Mörder erklärte, wenn er genau so gehandelt hätte, wie geplant, so wäre er jetzt nicht gefangen. Er habe nur aus einer Pistole schießen und die andere in Reserve halten wollen. In der Aufregung habe er auch die zweite Pistole leergeschossen. Während der Schilderung des Mordes an seiner Familie zeigte er vollständige Ruhe und Gleichgültigkeit, keine Spur von Schmerz oder Reue. Er erklärte, daß er schon früher die Absicht hatte, seine Frau bei einer Automobilfahrt umzubringen. Mit der Waffe hat sich Wagner vorher eingeschossen. Seine Absicht sei gewesen, sich durch die Tat einen großen Namen zu machen. Bei der Operation seiner Hand hatte er große Schmerzen auszuhalten und sagte, das sei schlimmer als der Tod der Opfer in Mühlhausen, die hätten nicht solche Schmerzen zu erdulden gehabt. Wagner kann sich in der Zelle des Krankenhauses nach Belieben bewegen, doch legte man ihm einen Verband an, sodaß es ihm unmöglich ist, irgend welche Flucht- oder Selbstmordversuche zu unternehmen. Die Erbitterung steigt im Volk, umsomehr, als die Leute die Überzeugung gewinnen, daß der Mörder die Greueltaten mit Überlegung begangen hat. Die bei der Bluttat in Mühlhausen Verletzten befinden sich den Umständen entsprechend wohl. Man darf jetzt die Hoffnung hegen, daß alle leben bleiben, auch die Baderschen Eheleute, die man nicht retten zu können glaubte.

Vier Bergleute erstickt. Seit fünf Tagen wurden auf der Hedwigwunschgrube bei Zabrze vier Bergleute vermißt. Gestern sind sie tot aufgefunden worden. Sie waren durch Gase erstickt. Die Hedwigwunschgrube gehört der Firma Borsig.

Unfall des „Z 1". Bei der Rückkehr des Luftschiffes „Z 1" nach Liegnitz, auf dem sich Graf Zeppelin befand, setzte das Luftschiff so schwer auf den Boden auf, daß mehrere Streben zerbrachen. Auch die Seitenwand wurde beschädigt und aufgerissen. Ein Mann geriet bei der Landung unter das Schiff und erlitt so starke Quetschungen, daß er ins Lazarett gebracht werden mußte. Der Unfall des Luftschiffs stellte sich später als nicht so schwer heraus, wie anfänglich angenommen wurde. Man erwartet, daß „Z 1" heute wieder flott ist. Graf Zeppelin hat bei dem Unfall keinen Schaden erlitten; er ist im Automobil ins Hauptquartier gefahren.

Das Land als „Kinderparadies". Folgende Schilderung finden wir in der „Preußischen Lehrerzeitung": Wie verläuft denn eigentlich ein Tag in diesem Kinderparadies für die Kinder in normalen Zeiten? Mann und Frau gehen gegen 5¼ Uhr zur Arbeit. Dann müssen die Kinder natürlich aufstehen, damit die Mutter die Kleinen noch schnell zur Schule waschen und fertigmachen kann. Die größeren Kinder müssen die Wohnung in Ordnung bringen und manchmal auch noch das Vieh besorgen. Nun werden Schularbeiten gemacht. Um 7 Uhr beginnt für die großen Kinder die Schule, die gewöhnlich bis 10 Uhr dauert, die kleinen Kinder haben von 10 bis 12 Uhr Unterricht. Die kleinen Kinder müssen in der Zeit von 7 bis 10 Uhr oft Gras, Brennesseln usw. für das Vieh besorgen; kommen die größeren aus der Schule, dann haben sie Holz zu zerkleinern, Futter für das Vieh zu kochen und das Mittagessen vorzubereiten. Die Eltern kommen um 12 Uhr nach Hause und gehen mit den Kindern gegen 2 Uhr zur Arbeit, die je nach der Jahreszeit um 7, 7½ oder 8 Uhr endigt; ich habe schon oft gesehen, daß siebenjährige, ja sechsjährige Kinder ländliche Arbeiten auf dem Gutsacker oder im Forst verrichten. Die Kinder müssen einfach verdienen helfen, da es für die Eltern schwer hält, sie in ordentlicher Weise zu ernähren, wenn die Familie stark ist. Kommen die Kinder dann des abends nach Hause, so müssen sie oft noch einmal aufs Feld, um Futter für das Vieh zu suchen. Dann ist es bei der Rückkehr meistens 9 Uhr geworden; daß ein Kind dann keine Schularbeiten mehr anfertigt, wer wollte es ihm verdenken? Schlimmer als in diesen normalen Zeiten ist es für die Kinder während der Ferien, die doch wohl zur Erholung da sein sollen. Die Zeit der Getreide- und Kartoffelernte stellt an die Kinder ganz bedeutende Anforderungen, so daß sie oft blaß und abgearbeitet nach den Ferien zur Schule kommen, um bis zu den nächsten Ferien sich zu erholen! Wann wird endlich ein Gesetz kommen, das die 10- bis 12stündige ländliche Arbeit der Kinder, wofür sie oft nur 50 Pfennig im Tagelohn bekommen, wenigstens dem Semmelaustragen morgens oder dem Zeitungsaustragen abends gleichstellt? . . . Ueber das Kinderelend auf dem Lande könnten die Landlehrer ganze Bände schreiben, und wenn die armen Kinder auch öfter den Sonnenschein haben als die Stadtkinder, so kennen sie doch den Sonnenschein der Jugend fast nie! Sie mögen sich dafür bei den Agrariern bedanken!

Nach einem ehelichen Streit erschoß in Müncheberg (Mark) der 26jährige Schmied Georg Schulz seine Frau und verletzte sich selbst durch zwei Schüsse lebensgefährlich.

Racheakt. Der Zementwarenfabrikant Schafroth in Immenstadt (Bayern) wurde auf seinem Fabrikhof von dem entlassenen Arbeiter Weber mit einem eisernen Hebel erschlagen.

Giftige Pilze. Die aus 6 Personen bestehende Arbeiterfamilie Schorsch aus Eigenheim bei Hohensalza ist nach dem Genuß giftiger Pilze erkrankt. Zwei Kinder sind bereits gestorben. Die übrigen Patienten schweben in Lebensgefahr.

Opfer der Raserei. Bei dem Rad-Rennen um den Deutschen Steher-Preis in Köln fielen Scheuermann und sein Schrittmacher Meinhold über Lawson hinweg. Alle drei Fahrer wurden schwer verletzt. Lawson hat einen Schädelbruch sowie einen doppelten Arm- und Beinbruch. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Meinhold und Scheuermann haben schwere innere Verletzungen. Das Rennen wurde sofort abgebrochen.

Zusammenstoß. Am Bahnübergang an der Sprendlinger Landstraße in Offenbach ist ein Milchfuhrwerk vom Schnellzug Frankfurt-Nürnberg erfaßt und beiseite geschleudert worden. Eine 75 Jahre alte Frau namens Schäfer, die auf dem Wagen saß, ist sofort getötet worden. Der Besitzer des Wagens, der 47 Jahre alte Milchhändler Neubecker-Sprendlingen und seine Frau sind schwer verletzt worden; sie wurden in das Städtische Krankenhaus gebracht; Neubecker ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Die Ursache des Unglücks ist, wie die „Offenbacher Zeitung" mitteilt, noch nicht aufgeklärt.

Krieg im Frieden. Während einer Schießübung auf dem Torpedoboote „Prytkyrus" bei Reval platzte ein 75-Zentimetergeschütz. Zwei Mann sind tot, drei schwer verletzt.

Bluttat. Der Maurer Roth in Plattenhardt (Württemberg), Vater von zwei Kindern, hat im Streite den Liebhaber seiner Frau erschossen; er selbst ist durch mehrere Messerstiche verletzt worden.

Abgestürzt. Der Flieger Sengel wurde auf einem Fluge von Wanne nach Gelsenkirchen nach Grevenbroich abgetrieben und wollte eine Notlandung vornehmen. Bei dem Versuche niederzugehen, stürzte der Apparat ab. Sengel war sofort tot.

Tödliche Mißhandlung im Gefängnis. Eine 19jährige Vatieteſängerin, die dieser Tage aus einem geringfügigen Anlaß in Mailand verhaftet worden ist, starb am Tage nach der Verhaftung im Gefängnislazarett, angeblich infolge einer Sublimatvergiftung. In der Folge hat sich herausgestellt, daß der Körper der Unglücklichen zahlreiche blaue

Flecke aufwies; auch soll sie, dem „Avanti" zufolge, nur eine einzige Sublimatpastille verschluckt haben, was in der Regel nicht in so kurzer Zeit zum Tode führt. Die Polizei will den Glauben erwecken, daß die blauen Flecke am Körper des armen Mädchens von Mißhandlungen ihres Bruders stammten; dagegen spricht aber die Tatsache, daß das Mädchen ihren Bruder seit mehreren Tagen nicht gesehen hatte und am Vorabend der Verhaftung noch in tief ausgeschnittenem Kleide aufgetreten ist, in dem man unbedingt die blauen Flecke hätte sehen müssen. Eine gerichtliche Erhebung ist im Gange; aber man weiß ja, wie selten das Auge des Gerichts in die Finsternis der Gefängnisse dringt.

Wieder ein französischer Militärzug entgleist. Die französischen Militärzüge, die die Truppen nach dem Manövergelände bringen sollen, haben kein Glück. Gestern kam es zu einem zweiten Unglücksfall, der erheblich schwerer ist als die Entgleisung des Militärzuges bei Montpellier am Sonnabend. Ein Militärzug, ein Sonderzug, der das 81. und 96. Infanterieregiment transportierte, stieß bei St.-Amans-Soult (Departement Tarn) auf einen Winzerzug. Der Zusammenprall war äußerst heftig. Der erste Wagen wurde weit über das Gleise geschleudert und fiel um. Im Waggon befanden sich die Pferde mehrerer Offiziere und zwei Soldaten. Die beiden Soldaten versuchten abzuspringen, gerieten aber unter den Zug, wobei der eine vollständig verstümmelt wurde, dem anderen beide Beine abgefahren wurden. Die Pferde wurden getötet. Im zweiten Waggon des Militärzuges befand sich die Kantine. Die Kantinenwirtin, eine Frau Sabatier, wurde sterbend unter den Trümmern hervorgezogen. Die Brust war ihr eingedrückt worden und sie starb wenige Minuten nach der Ankunft im Spital. Ihr Mann und ein Kellner haben lebensgefährliche Verletzungen erlitten. Außerdem wurde der Lokomotivführer des Winzerzuges getötet, der Heizer konnte bisher noch nicht aufgefunden werden und man nimmt an, daß er gleichfalls getötet wurde. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Das Unglück wird auf ein Versehen des Bahnvorstehers zurückgeführt, der den Militärzug mit zweistündiger Verspätung passieren ließ, obgleich er telegraphisch die Weisung erhalten hatte, den Zug zurückzuhalten. Der Beamte wurde noch in der Nacht verhaftet.

Vom Bären angegriffen. In der Menagerie der Genter Weltausstellung wurde ein Dompteur bei einer Vorstellung von einem Bären angegriffen und durch Bisse schwer verwundet. Auch ein junges Mädchen wurde leicht verletzt. Unter den Zuschauern brach eine Panik aus. Mehrere Personen wurden verletzt.

Abgestürzt. Von der Spitze des Jalouvre, der zu dem Vorgebirge von Savoyen gehört, ist ein 24jähriger junger Mann aus Sachsen, namens Böttcher, abgestürzt; er war sofort tot.

Entgleist. Auf der Strecke Londonderry—Strabane ist ein Zug entgleist, wobei eine Person den Tod fand und zwölf Personen verletzt wurden.

Ermordung von Weißen durch Eskimos. Ueber die Ermordung von Weißen durch Eskimos ist im Hauptquartier der Polizeibehörde von Ottawa eine Nachricht eingelaufen. Das Verbrechen wurde im Winter 1912 in der Nähe des Schultzsees an den beiden Forschern Radford und Street verübt. Beide verließen im Jahre 1911 Ottawa und begaben sich nach der Chesterfielder Bucht in der Hudsonbai, um von dort über Land nach der Bathurster Bucht am Nordpolarmeer zu gelangen. In Begleitung von Eskimos erreichten sie den Schultzsee, den Rendezvousplatz der Eskimostämme der Küste und des Innern. Die Vorbereitungen für die Weiterreise nach Barthuster Bucht waren bereits getroffen, als Radford mit einem Eingeborenen in Streit geriet und ihn schlug, worauf dieser ihm einen Speer durch die Brust stieß. Street, mit dem Gewehr in der Hand, wollte seinem Freunde zu Hilfe eilen, erhielt aber einen Speerstoß durch den Rücken. Die Küsteneskimos fürchteten die Rache ihrer Landsleute aus dem Innern und schwiegen über den Vorfall. Die Nachricht über die Ermordung sickerte jedoch durch, und von Ottawa wurden der Polizeisergeant Egerton und ein Polizist nach dem Schauplatz abgesandt. Bei Winteranfang werden sie wahrscheinlich von der Chesterfielder Bucht aufbrechen. Radford war ein Amerikaner mit Polarerfahrungen; Street stammte aus Ottawa.

Standesamtliche Nachrichten

vom 31. August bis 6. September 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

26. August. Tapezierer F. C. H. Klötzen. 27. Kutscher F. W. J. H. Padge. Schmiedegeselle O. Armgardt. Straßenbahnschaffner E. F. Buck. Arbeiter H. J. H. Behrens. 28. Arbeiter J. H. F. Steffen. 29. Kaufmann C. F. Chr. Rittscher. Friseur A. R. O. Meyer. 31. Friseur H. Chr. Müller. Steuerer F. W. B. Paltzow.

1. September. Arbeiter H. J. H. Grube. Tischler R. R. P. Brenner. Arbeiter H. Freitag. 2. Bürstenmacher M. Thelen. 4. Versicherungsinspektor E. E. Börnsen.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

29. August. Schriftsetzer P. Scharf. 30. Ober-Post Assistent H. J. F. W. H. Zengel. Tischler C. H. F. Benthien. Bautechniker H. E. H. Hamdorf. 31. Monteur J. C. A. Burmeister. Kaufmann F. Frahm. Güterschreiber H. H. A. Hoefft.

1. September. Handlungsgehilfe M. K. Th. H. Stein. Schuhmacher J. Lukaszek. Milchhändler W. F. J. Luckmann. 2. Tischlergeselle W. E. L. Bollow. Geschäftsreisender R. C. Schmidt. 3. Fliesenleger K. Th. W. H. Haberkost. Maschinenschlosser J. F. H. W. Meinke. 4. Tischler J. H. F. Markmann. Zimmermann W. K. J. Wieck. Arbeiter H. H. F. Sager (Moorgarten). 5. Bäcker R. M. J. Kröger.

Angeordnete Aufgebote.

1. September. Arbeiter J. H. F. Kock und A. F. M. Warncke. Arbeiter F. W. E. Schacht und E. M. D. Freese. Schlossergeselle K. F. A. Glagow und A. M. F. Winter. 2. Friseur A. K. W. Schütt und M. A. W. Eger. Vizefeldwebel O. J. H. Blievernicht und E. A. M. Eger. Lokomotivhilfsheizer H. K. F. Kanis und A. H. S. M. Brüggmann. Handlungsgehilfe L. H. J. Peters in Hamburg und K. J. M. Kohrs. Kunstgärtner W. F. J. Kock und F. M. S. Müller in Gadebusch. Konzertunternehmer W. Lipienski und F. Dietenhofer, beide in Bremerhaven. Herbergsgehilfe O. W. F. Klaje in Bremen und A. T. W. Wieck in Hermannsburg. 3. Landmann J. H. E. Dunkelmann und F. W. M. Rönnau in Kronprinzenkoog. Buchhalter J. A. Heim und F. J. Hänke, beide in Wittorf. Lokomotivführer H. F. Fick und M. A. M. Peters in Wismar. Bauführer F. H. M. Meyer in Wanne und B. M. E. Brandt. 4. Möbelfabrikant F. Krumpholz und F. G. L. H. Albrecht in Neukaden. Maurergeselle J. Schöning und E. B. Hildebrandt geb. Werner. Hausdiener F. J. Westphal und A. D. A. Koop in Ratzbek. 5. Maurergeselle W. H. K. Schwarz und E. B. F. Hill in Dorf Wotenitz. Praktischer Arzt Dr. med. und Kaiserlich Deutscher Konsul H. A. F. Flockemann in Bloemfontein und D. E. Bohnhoff. 6. Bureaugehilfe G. A. F. Gossow und L. H. W. Schultz. Straßenbahn-Wagenführer K. J. Tews und E. J. S. Salow in Neustrelitz. Molkereiverwalter W. A. H. Kasten in Farven und F. L. M. Köster in Güstrow. Malergeselle J. H. L. Buck und A. M. C. E. Löscher in Oberbauerschaft. Arbeiter H. A. P. Spendler und A. M. L. Graß.

Eheschließungen.

6. September. Arbeiter R. Hansen und H. Chr. E. Heidel. Steindrucker J. W. H. Kaehler und E. A. E. Sahlmann. Schmiedegeselle J. F. W. Branske in Hamburg und H. J. E. Schulz. Flußschiffergehilfe H. A. E. B. Gewohn und C. D. F. Lindenberg. Theatersekretär W. E. F. Koehler und E. M. A. Thalacker in Erfurt. Goldschmied F. H. Chr. Mordhorst und O. A. L. Junge, beide in Kiel.

Sterbefälle.

29. August. Arbeiter K. F. Th. Schröder, 56 J. 30. M. L. C. geb. Meier, Ehefrau des Privatmannes H. H. Meß, 74 J. M. A. geb. Rust, Witwe des Kaufmannes S. A. H. Cruse, 64 J. 31. D. J. C. geb. Möller, Witwe des Kaufmanns W. J. Bruhns, 79 J. M. L. J. geb. Karow, Witwe des Arbeiters J. J. F. Dettmann, 83 J. A. M. M. Meyer, 2 Monate.

1. September. Arbeiter J. J. F. Bodien, 66 J. E. J. M. Währer, 17 J. (Cleverbrück). A. Bohnsack, 12 Stunden. J. W. geb. Spenn, Witwe des Privatmannes J. A. Rußau, 59 J. Gefunden in der Trave: Eine unbekannte männliche Leiche. 2. K. M. E. Siebuhr, 8 J. 3. Privatmann C. F. Henckel, 61 J. M. L. A. E. geb. Schewe, Ehefrau des Lokomotivheizers H. J. C. Damm, 24 J. 4. S. C. W. geb. Bensien, Ehefrau des Tischlers M. Chr. F. Oertling, 53 J. Arbeiter P. H. Chr. Wiese, 77 J. J. M. A. Seemann, 71 J. 5. Ein totgeb. Knabe, V.: Maurer A. H. A. Brott. Privatmann J. G. Chr. Gustävel, 83 J. A. C. geb. Block, Witwe des Brotträgers G. H. A. Suhr, 81 J. M. C. geb. Voß, Ehefrau des Schneidermeisters J. J. H. Klempau, 47 J. H. K. Wienk, 6 Mt. Schmied H. J. F. C. Chr. Meyer, 63 J. 6. A. F. W. Nasner, 8 Mt. (Padelügge).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Sage allen Schiffs- und Haus-Zimmerleuten, sowie den Hilfsarbeitern der Kochschen Werft meinen besten Dank. **A. Feierabend.** (6705

Gesucht sofort
eine Plätterin
für feine Wäsche. (6691
Jürs, Gärtnergasse 5.

Suche **Beschäftigung** in den Abend- od. Nachmittagsstunden im Reinmachen oder Waschen. Ang. u. L B an die Exp. d. Bl. (6699

Gesucht zu sofort
1 Oberhemd-Plätterin
bei gutem Lohn und Kost. (6670
Angebote unter **F J** an die Exp.

Eine gut erhalt. Hängelampe billig zu verkaufen. (6700
Lilienstraße 16, pt. links.

Ein gut erhalt. Fahrrad mit Freilauf u. Rücktr. billig zu verkauf. 6708) Friedenstr. 70, 2 Et.

Ein Mahagoni-Schrank zu verkaufen. (6704
Pelzerstraße 25a.

Kleiner gelb. Teckel
zu verkaufen. (6689
Margaretenstr. 28.

1 Hahn und 10 Hühner
zu verkaufen. (6712
J. Diestel, Fackenburg.
Morienstr. 27.

Eine **Krämerei** zu pachten gesucht, event. mit Vorkaufsrecht.
Angebote unter **K K** an die Exped. d. Bl. (6709

Ein Tafelklavier u. eine 2schläf. **Bettstelle** zu verkaufen.
6713) Heinrichstraße 22a.

Ein schwarzes Kätzchen entlaufen.
Gegen Belohnung abzugeben
6690) Lübowstraße 16a.

Gesucht 1000—1500 Mk. hinter 13 800 Mk. Brandkasse 16 640 Mk.
6698) Ang. u. **S. W. 23.**

Dr. Schuhr
zurück. (6693

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (184

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt **alle Meiereiprodukte**
in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

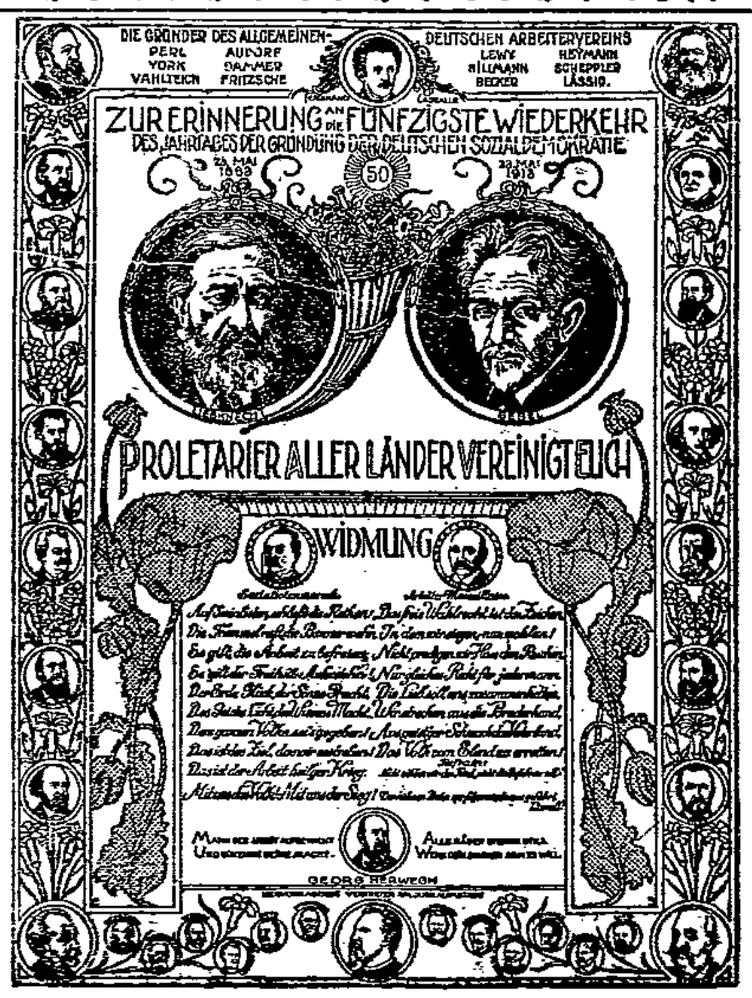
Koche mit Knorr

Knorr-Suppenwürfel
schmecken am besten!
Knorr-Suppenwürfel
sind am ausgiebigsten!
Knorr-Suppenwürfel
sind darum am preiswertesten!
46 Sorten, wie Königin, Tomaten, Weibertreu 2c.
1 Würfel 3 Teller 10 Pfennig.
Ebenso anerkannt sind
Knorr-Hafermehl, Haferflocken.
6701

Visiten-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1914
ist jetzt erschienen und seines reichhaltigen Inhalts wegen jedem unserer Leser zu empfehlen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.
Unsere Kolporteure führen diese Kalender bei sich und können von ihnen bezogen werden.

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.



Gedenkblatt
zur 50jährigen Jubiläumsfeier der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Preis 60 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46
und deren Kolporteure.